

Annika Arnold, Marko Miljević, Vanessa Kiesel

Die progressive Macht der Frauen

Eine geschlechterspezifische Analyse
gesellschaftspolitischer Umfragedaten

FES diskurs

Dezember 2024

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger_innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

FES diskurs

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

Über die Autor_innen

Annika Arnold ist Referentin für Empirische Sozial- und Trendforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war sie, nach wissenschaftlicher Tätigkeit an der Universität Stuttgart, Referentin im Landesbüro Nordrhein-Westfalen der FES.

Marko Miljević schließt derzeit sein Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz ab. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen insbesondere auf den quantitativen Methoden der Sozial- und Politikwissenschaften. Hier unterstützt er die empirischen Analysen im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Vanessa Kiesel ist Referentin für Familien- und Geschlechterpolitik im Referat Politische Beratung und Impulse. Zuvor war sie in der politischen Bildungsarbeit der FES tätig.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Annika Arnold, Referentin Empirische Sozial- und Trendforschung, Referat Analyse und Planung.

Die progressive Macht der Frauen

Eine geschlechterspezifische Analyse gesellschaftspolitischer Umfragedaten

3	1	POLITISCHER GENDER-GAP?
4	2	UNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN FRAGEN
4	2.1	Vertrauen in und Einstellungen zu Demokratie
4	2.2	Geschlechterunterschiede bei der Bewertung politischen Handlungsbedarfs?
6	2.3	Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit und Ungleichheit
10	2.4	Gesellschaftspolitische Einstellungen: Das progressivere Geschlecht?
11	2.5	Geschlechterübergreifende Skepsis beim Thema Migration
14	2.6	Vereinbarkeit von Familie und Beruf
16	2.7	Ist Klimaschutz weiblich?
18	2.8	Finanzpolitische Einstellungen
21	3	PROGRESSIVE EINSTELLUNGEN – KONSERVATIVES WAHLVERHALTEN? UNTERSCHIEDE IN PARTEIPRÄFERENZEN NACH GESCHLECHT
24	4	FAZIT
26		Anhang
32		Abbildungs- und Tabellenverzeichnis
32		Literaturverzeichnis

1

POLITISCHER GENDER-GAP?

Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Gender-Care-Gap – noch immer verdienen Frauen in Deutschland bei gleicher Qualifikation weniger als Männer (Statistisches Bundesamt 2024a, 2024b), sie übernehmen den Löwenanteil der Sorgearbeit im privaten Nahumfeld (BMFSFJ 2020) und sind aufgrund dieser beiden Umstände nach dem Erwerbsleben auch stärker mit der Rentenlücke konfrontiert (WSI 2024). Diese Strukturen ergeben für Frauen wirtschaftliche Nachteile mit Blick auf die eigene ökonomische Unabhängigkeit. Mit Blick auf strukturelle Ungleichheiten könnten Frauen viele Gründe haben, sich in gesellschaftspolitischen Fragen anders zu positionieren als Männer. Geschlechterverhältnisse können Einfluss auf Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit, u. a. Demokratie, Migration, Klimaschutz oder Finanzpolitik haben. Daraus ergeben sich die folgenden Fragen: Nehmen Frauen und Männer in Deutschland Staat und Politik unterschiedlich wahr? Wie bewerten sie staatliche Maßnahmen zur Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Herausforderungen? Und drücken sich solche möglichen Unterschiede auch in den Wahlpräferenzen von Männern und Frauen aus?

Die vorliegende Studie will diesen Fragen nachgehen und eruieren, in welchen gesellschaftspolitischen Fragen Frauen andere Ansichten vertreten als Männer. Es liegt auf der Hand, dass vorhandene Geschlechterunterschiede auch mit der sozialen und wirtschaftlichen Situation von Frauen zusammenhängen und eng verknüpft sind mit den strukturell bestehenden Ungleichheiten und Gender-Gaps. Diese werden, wo möglich, als Erklärungsansätze für unterschiedliche Positionen herangezogen.

Mit Blick auf die vorliegenden Daten aus Erhebungen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde nur eine Analyse der Einstellungen von Frauen und Männern¹ herangezogen. Intersektionale Dimensionen wurden zunächst nicht thematisiert. Dennoch wird deutlich, wie auch möglicherweise intervenierende Variablen, wie beispielsweise Einkommen und beruflicher Status neben Alter und Bildung, eng mit dem Geschlecht zusammenhängen. Politische Akteur_innen, die ein progressives Gesellschaftsbild vertreten und eine auf soziale Gerechtigkeit ausgelegte Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgen, sollten nach den Befunden der vorliegenden Studie Frauen als mögliche Verbündete für ihr Ziel gewinnen und dieses politische Potenzial heben.

Für die nachfolgende Auswertung wurden die folgenden Datensätze genutzt, die alle aus Erhebungen hervorgingen, die von verschiedenen Erhebungsinstituten im Auftrag der

Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen 2021 und 2024 durchgeführt wurden. Die Erhebungen hatten unterschiedliche thematische Schwerpunkte: Von Erwartungen der Bürger_innen an die EU bis hin zu Einstellungen in Fragen der Klimapolitik und zu finanzpolitischem Wissen.

- Identität, Parteibindung, Polarisierung: Wie es demokratisch gewählten Politiker:innen gelingen könnte, Deutschland zu autokratisieren. Erhebungszeitraum: Oktober – November 2021
- Mehr Umverteilung wagen? Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit. Erhebungszeitraum: Januar 2023
- Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Erhebungszeitraum: Januar – Februar 2023
- Kartographie der Arbeiter:innenklasse. Erhebungszeitraum: Juni – Juli 2023
- Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen. Erhebungszeitraum: September 2023
- Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa: Auswertung einer vergleichenden Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien und Schweden. Erhebungszeitraum: September 2023.
- Welche Träume bewegen Deutschland? Erhebungszeitraum: August – September 2024.

Ob Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, wird in den folgenden Analysen mit einem statistischen Verfahren (Mann-Whitney-U-Test) berechnet; dieses Verfahren weist auf Unterschiede über eine rein deskriptive Darstellung der Anteile nach Geschlecht hinaus. Wo zufällige Unterschiede festgestellt werden, wird die Effektstärke ausgewiesen. Nach aktueller wissenschaftlicher Literatur lassen sich die Effektstärken für Umfragedaten folgendermaßen interpretieren: Von einem Unterschied zwischen zwei Gruppen spricht man bei einer Effektstärke ab 0,1, von einem deutlichen Unterschied bei einer Effektstärke von 0,3. Nichtsdestotrotz wird ein Effekt über 0,05 auch in großen Stichproben (wie in den vorliegenden Datensätzen der Fall) als bemerkenswert betrachtet, da er langfristig einen erheblichen Einfluss haben kann (Funder/Ozer 2019). Die vorliegende Studie zeichnet vor allem ein kohärentes Gesamtbild, das sich aus einer Reihe geringerer bis deutlicher Unterschiede zusammensetzt.

¹ Die Analyse bezieht sich auf die Selbstzuordnung der Befragten zu „Mann“ oder „Frau“, wie sie standardmäßig als soziodemografische Variable in Erhebungen abgefragt wird; Geschlechtszuordnungen wie beispielsweise „divers“ werden in dieser Analyse nicht berücksichtigt, da die geringen Fallzahlen in dieser Kategorie in keinem Datensatz weitere statistische Analysen erlauben.

UNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IN GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN FRAGEN

2.1 VERTRAUEN IN UND EINSTELLUNGEN ZU DEMOKRATIE

Geht es um das Vertrauen in Politik und Demokratie, unterscheiden sich die Einstellungen von Männern und Frauen wenig. Hier ist eine negative gesamtgesellschaftliche Entwicklung auszumachen: Besonders das Vertrauen in die Politik, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen, ist auf einem niedrigen Niveau. Entlang einer Zeitreihen-erhebung zu dieser Frage, die vom Erhebungsinstitut polityx research GmbH zum ersten Mal im Oktober 2018 im Auftrag der FES erhoben wurde, gaben zu diesem Zeitpunkt noch 47 Prozent der Befragten an, dass sie der Politik die Lösung zukünftiger Herausforderungen zutrauten, 34 Prozent taten dies nicht. Im Januar 2023 drehte sich dieses Verhältnis zum ersten Mal um: 43 Prozent der Befragten gaben an, kein Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik zu haben, lediglich 39 Prozent waren von der Politik in diesem Punkt noch überzeugt (Güttler et al. 2023). Zwischen Frauen und Männern waren die Unterschiede sehr gering, bei der Ablehnung zur Aussage „Die Politik in Deutschland ist in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen“ unterscheiden sie sich lediglich in 1 Prozent (Frauen: 42 Prozent; Männer 43 Prozent), bei der Zustimmung sind Männer etwas optimistischer mit 41 Prozent als Frauen mit 37 Prozent. Mit Blick auf die Jahreszahlen (2018 vs. 2023) läge der Schluss nahe, dass vor allem die Coronapandemie das Vertrauen erodieren ließ. Die Zahlen können diese Vermutung aber nicht bestätigen: Im Juli 2020 war die Zustimmung sogar auf 61 Prozent gesamtgesellschaftlich gestiegen, im Juli 2021 lag sie immerhin noch bei 49 Prozent (Güttler et al. 2023). In der Erhebung „Welche Träume bewegen Deutschland?“ der FES im September 2024 wurde erhoben, ob die Befragten der Meinung sind, dass sich Deutschland ganz allgemein in die eher richtige Richtung oder eher in die falsche Richtung entwickelt. 76 Prozent der Befragten gaben an, dass sich Deutschland eher in die falsche Richtung entwickle (bei den Frauen waren es 78 Prozent, bei den Männern 74 Prozent). Lediglich 18 Prozent der Befragten waren mit der Entwicklung zufrieden, bei den Frauen waren dies 16 Prozent, bei den Männern 21 Prozent (Hagemeyer et al. 2024). Die Multikrisenerfahrung der vergangenen Jahre, von globaler Finanzkrise über Klimawandel, Coronapandemie, Inflation bis hin zu Energiemangel lässt sich hier naheliegend als eine Erklärung für dieses verlorengegangene Vertrauen anführen. Diese Verunsicherung hält weiter an und wird mit dem russischen Angriffskrieg

gegen die Ukraine und dem wieder aufflammenden Nahostkonflikt zusätzlich mit existenziellen Ängsten um Krieg und Frieden belastet.

Dass die Demokratie im Großen und Ganzen in Deutschland noch gut funktioniert, wird mehrheitlich bejaht, allerdings nimmt auch dieses Vertrauen in die Demokratie stetig ab (Abbildung 1): In den Daten der FES-Mitte-Studie für 2023 stimmen 56 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer der Aussage „Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut“ voll und ganz bzw. eher zu. Allerdings sehen auch 26 Prozent der Frauen und 24 Prozent der Männer erhebliche Defizite (Abbildung 1)². Die Werte haben sich zudem in den vergangenen Jahren verschlechtert, betrachtet man beispielsweise die Zahlen der „Vertrauensfrage Klimaschutz“ der FES, bei der nur noch 48 Prozent der Frauen und 54 Prozent der Männer von einer gut funktionierenden Demokratie in Deutschland sprechen wollen (Hagemeyer et al. 2024). Ähnlich sieht es bereits 2021 in den Daten der Studie „Identität, Parteibindung, Polarisierung“ (Engels et al. 2024) aus, bei der lediglich 42 Prozent der befragten Frauen und 53 Prozent der befragten Männer finden, dass ihr Land „sehr demokratisch“ regiert wird (Engels et al. 2024).

Ursächlich könnten die oben benannten Krisenerfahrungen der zurückliegenden Jahre gewesen sein. Andere Studien haben gezeigt, dass vor allem bei Frauen und Müttern diese Krisenerfahrungen zu einem Vertrauensverlust geführt haben. Mütter sind belastet – gerade in der Coronapandemie waren sie es, die die unbezahlte Sorgearbeit weiter mehrheitlich übernommen haben und neben einer Berufstätigkeit häufig Doppelbelastungen erleben. Diese Belastung schlägt sich möglicherweise auch in einem niedrigen Vertrauen in die Politik nieder (Hövermann et al. 2022).

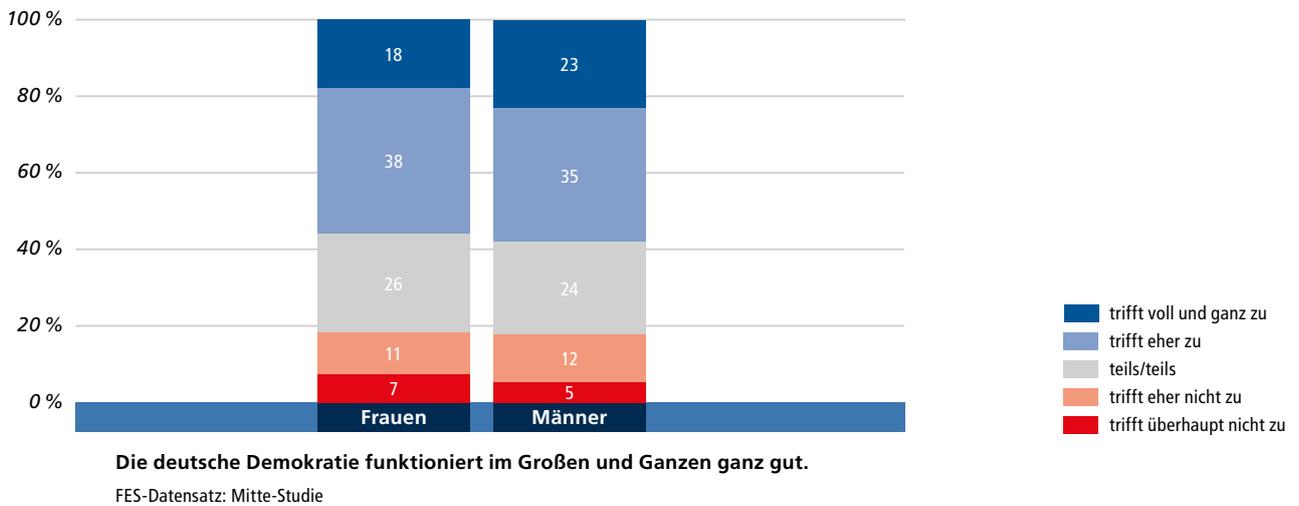
2.2 GESCHLECHTERUNTERSCHIEDE BEI DER BEWERTUNG POLITISCHEN HANDLUNGSBEDARFS?

Welches politische Handlungsfeld den Menschen in Deutschland besonders wichtig ist, lässt sich daran ablesen, wo sie den dringendsten staatlichen Investitionsbedarf sehen. Auf den ersten drei Rängen sehen wir dabei durchaus Geschlechterunterschiede (Abbildung 2; die Effektstärke beträgt 0,12): 32 Prozent der befragten Frauen verweisen auf den Bereich Pflege und Gesundheit als Bereich für Investitionen und „nur“ 18 Prozent auf das Bildungssystem.

² Da keine überzufälligen Unterschiede zwischen den Geschlechtern gefunden wurden, wird keine Effektstärke ausgewiesen.

Vertrauen in Demokratie

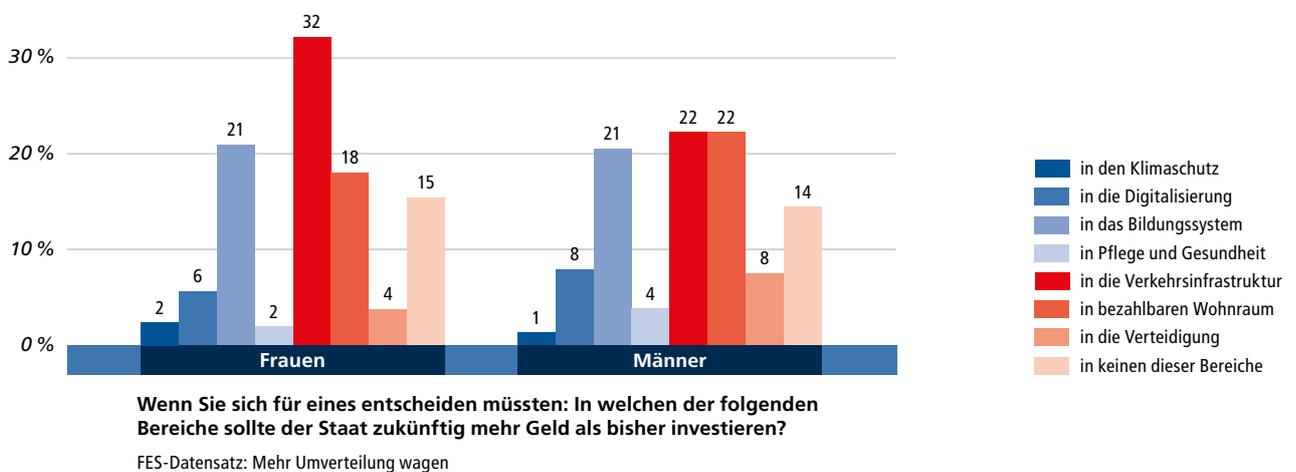
Abb. 1



QUELLE: eigene Darstellung.

Präferenz für staatliche Investitionen nach politischem Handlungsbereich

Abb. 2



QUELLE: eigene Darstellung.

Bei Männern steht zwar auch das Pflege- und Gesundheitssystem an erster Stelle, liegt jedoch mit lediglich 22 Prozent gleichauf mit Investitionen in das Bildungssystem und 10 Prozent unter dem Anteil von Frauen. Investitionen in den Klimaschutz landen bei beiden Geschlechtern lediglich auf dem vierten Rang.

Frauen stellen über 70 Prozent der Arbeitskräfte in der Erwerbsklasse der soziokulturellen Expert_innen³ wie Pflegefachkräfte oder Erzieher_innen (Engels et al. 2024). Als Beschäftigte im sozialen Sektor sind damit überwiegend Frauen von der weiter bestehenden sektoralen Lohnlücke im Vergleich zu anderen Sektoren betroffen. Obwohl

³ Im Berufsklassenmodell nach Daniel Oesch wird die Kategorie der soziokulturellen (Semi-)Expert_innen für die Kategorisierung von sozialen und pflegerischen Berufen genutzt (siehe Engels et al. 2024).

diese über die Zeit abgenommen hat, betrug sie im Jahr 2021 noch 17 Prozent. Tätigkeiten werden im sozialen Sektor damit monetär weniger wertgeschätzt – das wirkt sich auf die ökonomische Eigenständigkeit von Frauen aus, die dazu häufig auch in Teilzeit tätig sind (Hohendanner et al. 2024). Der Gender-Care-Gap bezieht sich also nicht nur auf die unbezahlte Sorgearbeit, sondern ist auch im Kontext der bezahlten Sorgearbeit offensichtlich. Frauen priorisieren staatliche Investitionsbedarfe in diesen Bereichen, weil für sie Missstände in diesen Sektoren besonders sichtbar sind – sie sind schließlich in besonderem Maße dort tätig.

2.3 WAHRNEHMUNG SOZIALER GERECHTIGKEIT UND UNGLEICHHEIT

Gibt es Unterschiede zwischen Männern und Frauen, wenn es darum geht, soziale Gerechtigkeit in Deutschland allgemein zu bewerten? Bei der Frage, ob es „alles in allem in Deutschland gerecht“ zugeht, zeigt sich ein Unterschied zwischen den Geschlechtern: Frauen stimmen dieser Aussage „eher/voll und ganz“ zu 40 Prozent zu, Männer zu 45,1 Prozent (Effektstärke 0,1). Besonders auffällig ist dabei, dass 23 Prozent der Frauen der Aussage, in Deutschland gehe es gerecht zu, „überhaupt nicht“ zustimmen, aber nur 16 Prozent der Männer (Abbildung 3).

Diese Erkenntnisse stehen in Zusammenhang mit den weiterhin bestehenden Ungleichheiten, und es liegt auf der Hand, dass sich diese Einstellungsunterschiede zumindest in Teilen mit dem Gender-Pay-Gap erklären lassen. Frauen sind in Deutschland weiterhin deutlich weniger durch ihr Einkommen abgesichert. Hauptgründe hierfür sind schlechtere Bruttostundenlöhne, häufigere Teilzeitarbeit oder Minijobs

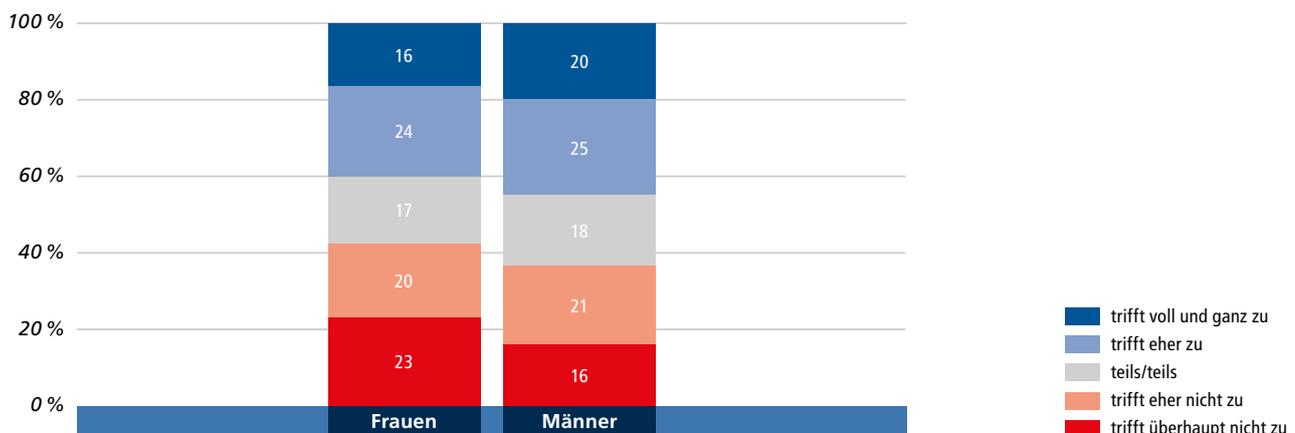
und damit geringere ökonomische Unabhängigkeit. Besonders problematisch sind Branchen wie das Gesundheitswesen, Gastronomie, Forschung, Textil- und Baugewerbe, in denen Geschlechterungleichheiten bei Arbeitsbedingungen und Einkommen besonders ausgeprägt sind (Pfahl et al 2023).

Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwar in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen ist, bleibt der Gender-Pay-Gap, also der prozentuale Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenlöhnen von Männern und Frauen, bestehen. Er lag laut Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2022 bei 18 Prozent. Dieser im internationalen Vergleich relativ hohe Wert ist jedoch nicht für alle Beschäftigten gleich, sondern variiert deutlich, etwa je nach Region. So beträgt der Gender-Pay-Gap in Westdeutschland 19 Prozent, in Ostdeutschland jedoch nur 7 Prozent (DIW 2023). Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die Zunahme von Teilzeitarbeit, die zwar mehr Frauen in den Arbeitsmarkt gebracht hat, jedoch häufig mit geringeren Stunden- und Monatslöhnen verbunden ist. Familiäre Verpflichtungen sind der Hauptgrund, warum Frauen in Teilzeit arbeiten (Lott/Bürger 2022). Im Jahr 2023 waren 67 Prozent der Mütter mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren in Teilzeit beschäftigt, während dies nur auf 9 Prozent der Väter zutraf. 63 Prozent der teilzeitbeschäftigten Mütter minderjähriger Kinder nannten die Kinderbetreuung als Hauptgrund für ihre Arbeitszeitreduzierung. Besonders Mütter von Kindern unter sechs Jahren arbeiteten im Schnitt weniger als halb so viele Stunden wie Männer (Lott 2024).

60 Prozent der Familien in Westdeutschland leben das sogenannte „Zuverdienermodell“, bei dem der Vater Vollzeit und die Mutter in Teilzeit oder geringfügig arbeitet. Auch das „Familienernährermodell“, bei dem nur der Vater

Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland

Abb. 3



Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.

FES-Datensatz: Mehr Umverteilung wagen

QUELLE: eigene Darstellung.

erwerbstätig ist, bleibt mit über 20 Prozent bei Familien mit Kindern unter drei Jahren verbreitet (DIW 2024). Ein häufiger Grund für die eingeschränkte Erwerbstätigkeit von Müttern ist der Mangel an Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Neun von zehn derzeit nicht erwerbstätigen Müttern mit unzureichendem Betreuungsangebot äußern den Wunsch, berufstätig zu sein (Huebener 2023).

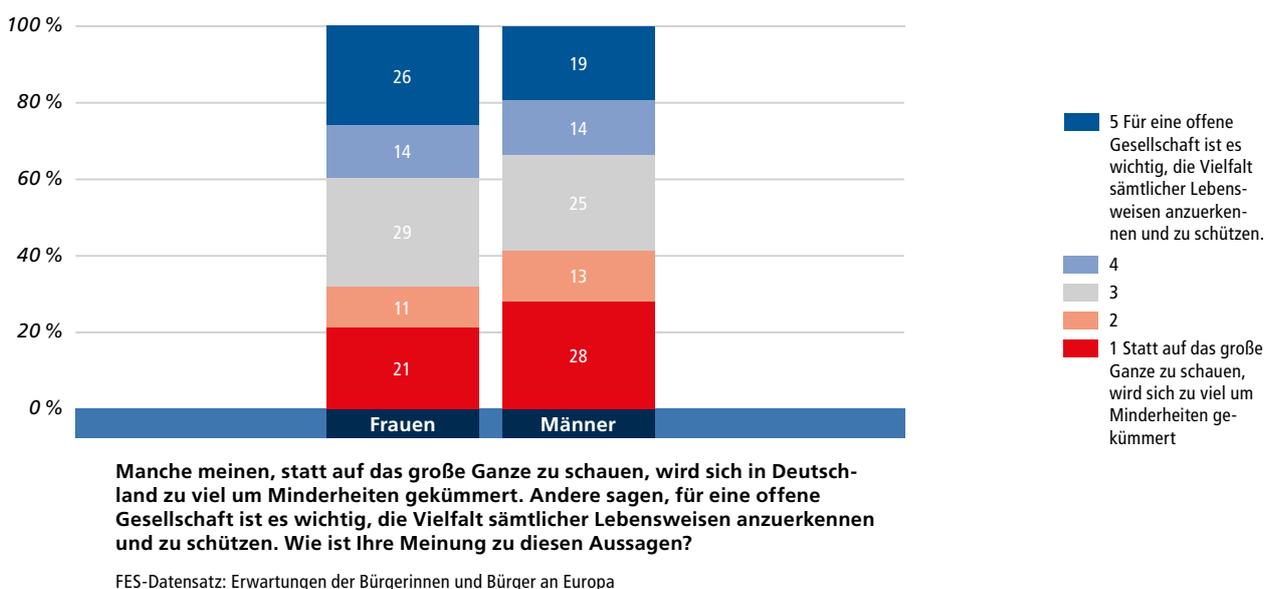
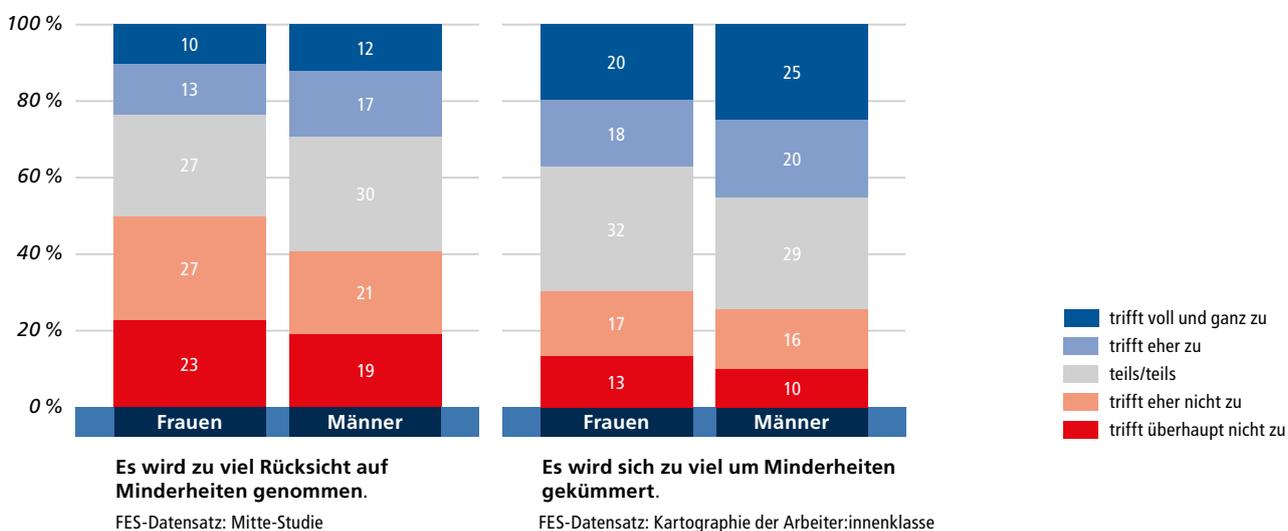
Für viele Frauen lohnt sich Arbeit oder insbesondere Mehrarbeit nicht, da sie netto kaum zusätzliches Einkommen aus ihrer Mehrarbeit erzielen würden. Ursachen liegen hier im deutschen Steuer- und Transfersystem, das grundlegend überarbeitet werden müsste. Durch die be-

stehenden Fehlanreize in der Besteuerung von Ehepaaren, vor allem für Frauen, liegen bislang erhebliche Erwerbspotenziale brach, die wiederum die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen einschränken (Meier et al 2024). Ähnlich problematisch sind die Mitversicherung und Minijobs, die oft in Kombination dazu führen, dass die steuerliche Grenzbelastung für viele Frauen sehr hoch ausfällt (Fratzscher 2024).

Auch bezüglich des Schutzes von Minderheiten nehmen Frauen soziale Ungerechtigkeiten stärker wahr (Abbildung 4). 30 Prozent aller befragten Frauen lehnen die Aussage „Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen“

Einstellungen zum Schutz von Minderheiten

Abb. 4



QUELLE: eigene Darstellung.

ab, bei den Männern sind dies nur 26 Prozent (Effektstärke 0,07, Daten der Mitte-Studie); auch in der Erhebung der „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“, in der die Frage ähnlich gestellt wurde (Zustimmung/Ablehnung der Aussage „Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert“) fällt der Unterschied eher gering aus (Effektstärke ebenfalls 0,07). Wird der Schutz von Minderheiten allerdings in einen Zusammenhang mit einer offenen Gesellschaft gestellt und abgefragt (siehe Abbildung 4 unten: Daten aus „Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa“) steigt die Effektstärke auf 0,1. Ein Hinweis, dass Frauen einer offenen, pluralistischen Gesellschaft etwas mehr Wertschätzung entgegen bringen als Männer.

Auf einer gesellschaftlichen Makroebene bestätigt sich das generelle geschlechterspezifische Unbehagen an einem (un-)gerechten Deutschland (Abbildung 5): Frauen sehen mehrheitlich den Staat in der Pflicht, Einkommensunterschiede zu verringern (mit 64 Prozent), aber nur 56 Prozent der Männer sind dieser Meinung (Effektstärke 0,08). Drei Viertel der weiblichen Befragten sehen „bei Weitem zu viel Macht“ bei großen Konzernen in Deutschland, die damit hohen Lobbydruck auf die Politik ausüben können. Dagegen stimmen dieser Aussage nur 69 Prozent der befragten Männer „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu (Effektstärke 0,05).

In allen Bereichen – sowohl bei der Einschätzung der aktuellen als auch der zukünftigen finanziellen Lage – machen Frauen deutlich häufiger negative Angaben (Abbildung 6). Von den weiblichen Befragten geben 52 Prozent an, finanziell unter Druck zu stehen, während dies nur auf 43 Prozent der Männer zutrifft (Effektstärke 0,1). Ähnlich

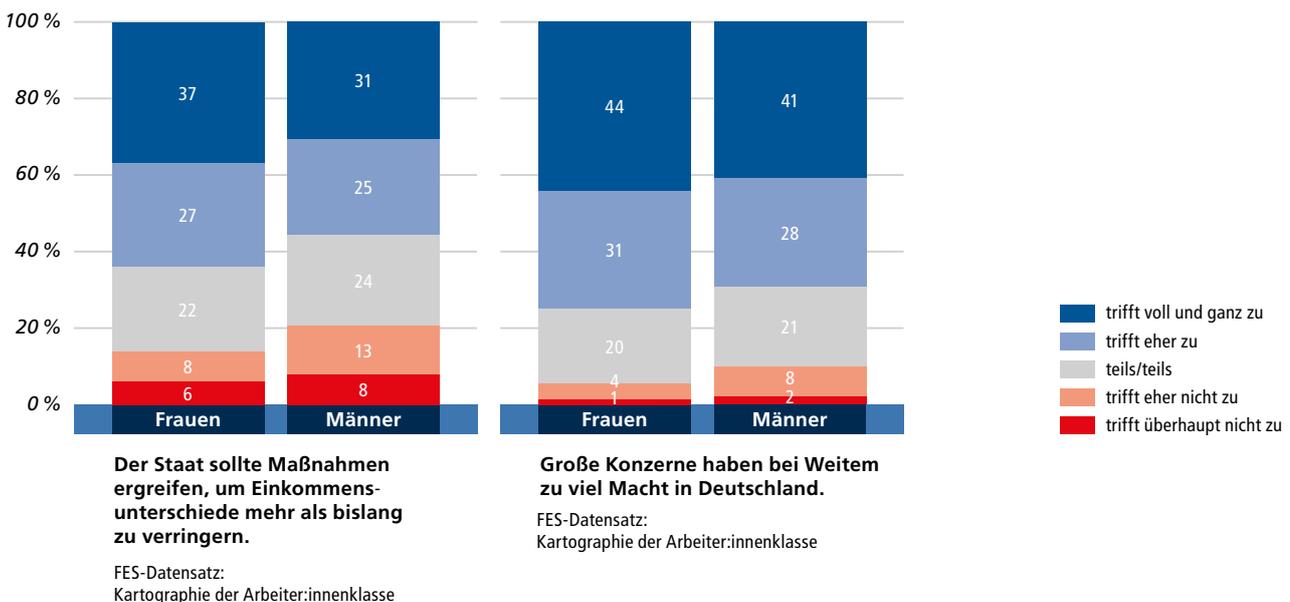
verhält es sich beim finanziellen Spielraum mit dem monatlich zur Verfügung stehenden (Erwerbs-)Einkommen: 61 Prozent der Männer geben an, am Ende eines Monats in der Regel Geld zurücklegen zu können, bei Frauen trifft dies nur auf 52 Prozent der Befragten zu. 36 Prozent der befragten Frauen reicht das ihnen zur Verfügung stehende Geld monatlich aus, um die laufenden Kosten zu decken, 8 Prozent müssen regelmäßig auf Ersparnisse zurückgreifen (Effektstärke 0,08).

Das Empfinden einer ungerechten Gesellschaft lässt sich hier auf die individuelle ökonomische Situation zurückführen. Insbesondere Personen, die selbst finanzielle Herausforderungen bewältigen und zugleich Verpflichtungen wie die Care-Arbeit, Pflege und die Unterstützung von Angehörigen übernehmen, neigen dazu, die Verteilung finanzieller Ressourcen in der Gesellschaft mit größerer Skepsis zu betrachten. Der Gender-Wealth-Gap und der Gender-Gift-Gap spielen hier eine zentrale Rolle. 10 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen 67 Prozent des gesamten Vermögens (FES 2023). Innerhalb dieser Gruppe sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Bei Erbschaften und Schenkungen von mindestens 250 Millionen Euro werden Frauen nur in 32 Prozent der Fälle begünstigt und erhalten lediglich 36 Prozent des steuerbefreiten Unternehmensvermögens. Diese Vermögensungleichheit wird unter anderem durch das Steuersystem verstärkt: Vermögende Männer profitieren stärker von Steuerprivilegien, was die wirtschaftlichen Geschlechterunterschiede weiter zementiert (FES 2023).

Auswirkungen haben diese Strukturen auch auf die Rente: Der Gender-Pension-Gap betrug 2023 in Deutschland 27,1 Prozent, wodurch die Einkünfte von Frauen im

Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit

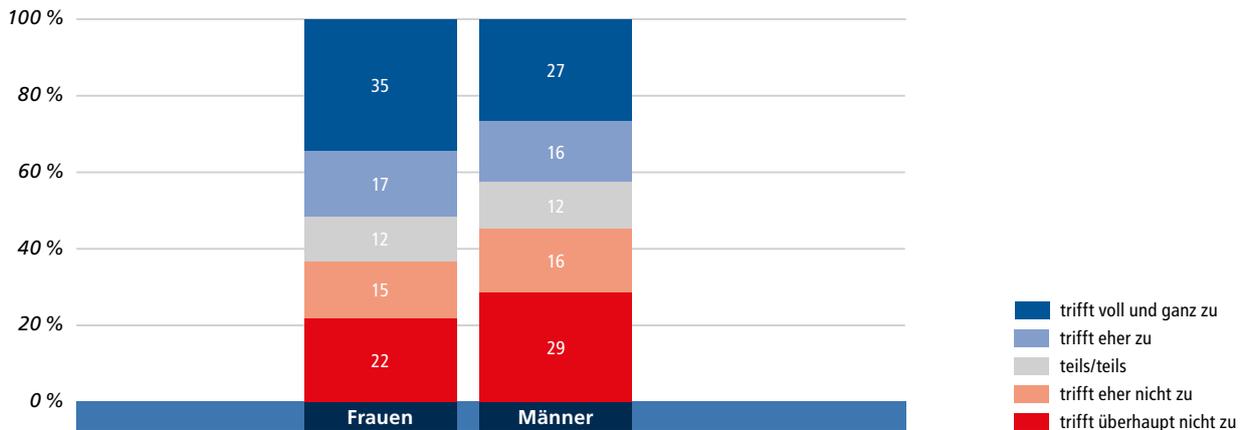
Abb. 5



QUELLE: eigene Darstellung.

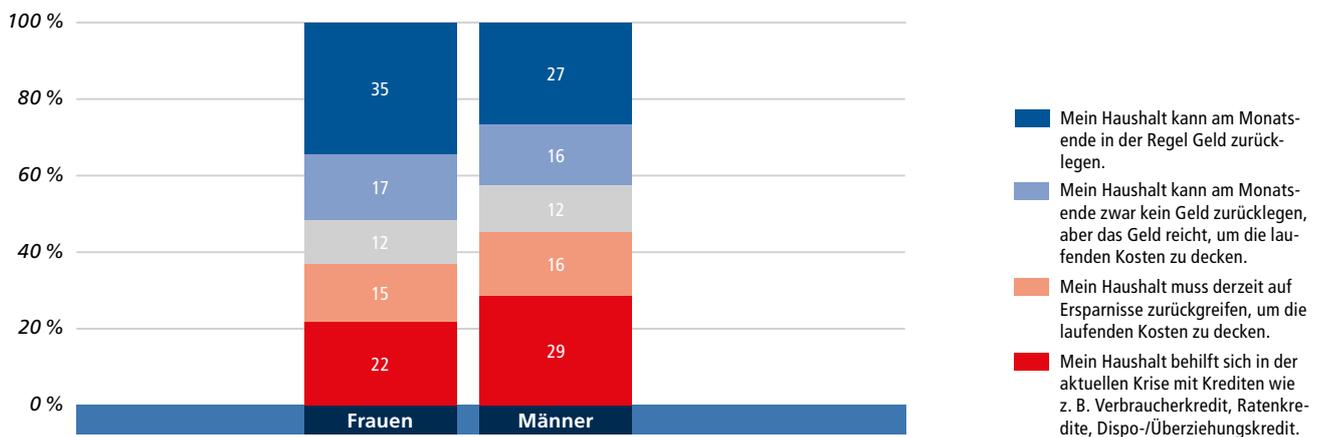
Persönliche finanzielle Lage

Abb. 6



Ich stehe finanziell unter Druck.

FES-Datensatz: Vertrauensfrage Klimaschutz



Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf die finanzielle Situation ihres Haushalts zu?

FES-Datensatz: Kartographie der Arbeiter:innenklasse

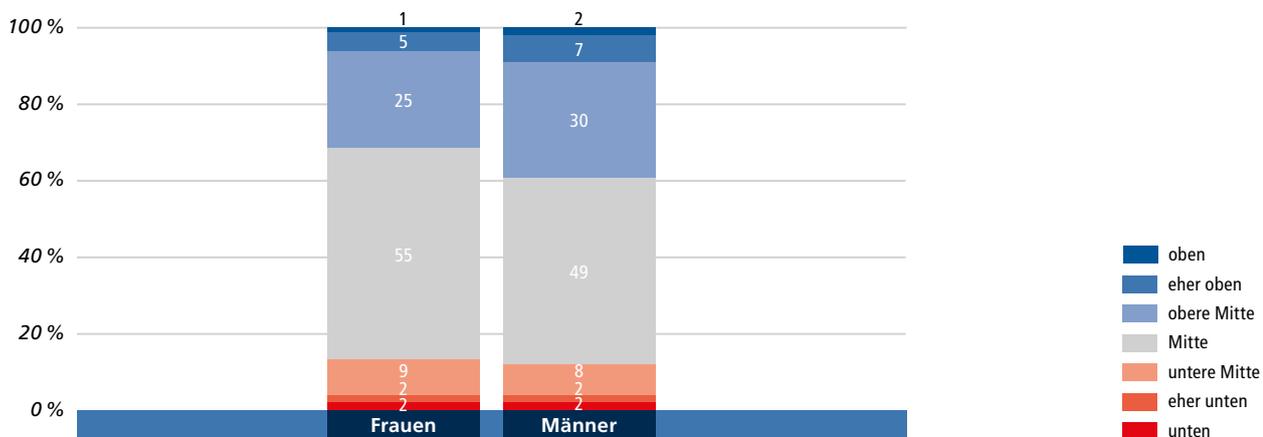
QUELLE: eigene Darstellung.

Schnitt mehr als ein Viertel niedriger sind. Etwa 29 Prozent der Frauen über 65 Jahren beziehen zusätzlich Alters-einkünfte aus Hinterbliebenenrenten, während dies bei Männern nur auf rund 6 Prozent zutrifft. Rechnet man diese Einkünfte aus der Erwerbstätigkeit des Ehepartners oder der Ehepartnerin heraus, steigt der Gender-Pension-Gap auf 39,4 Prozent. Die geschlechtsspezifische Renten-lücke fällt also deutlich größer aus, wenn ausschließlich die eigenständig erworbenen Altersversorgungsansprüche betrachtet werden (Statistisches Bundesamt 2024a). Die Gründe für diese geringeren Rentenansprüche liegen in den bereits beschriebenen strukturellen Hürden – Teilzeitbeschäftigung, längeren Auszeiten für Care-Arbeit und Pflege sowie die Segregation des Arbeitsmarktes und Tätigkeiten in schlechter bezahlten Branchen.

Trotz dieser großen Ungleichheiten in der ökonomischen Eigenständigkeit von Männern und Frauen sehen wir kaum Unterschiede bei der subjektiven Schichtzuordnung. 32 Prozent der Frauen verorten sich in der oberen Mitte der Gesellschaft, „eher oben“ oder „oben“, von den Männern tun dies 39 Prozent (Abbildung 7). Menschen verorten sich in Befragungen häufig subjektiv in der Mitte der Gesellschaft, ein Umstand, der der Anziehungskraft des Narrativs der Mitte Rechnung trägt: Die Mittelschicht verspricht einen soliden sozialen Status, von Wohlstandsversprechen bis zu gesellschaftlicher Anerkennung. Die FES-Studie „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“ zeigt, dass sich die Mehrheit der Befragten in dieser gesellschaftlichen Gruppe finden (möchte): „53 Prozent ordnen sich selbst der Mittelschicht zu, ein gutes Drittel (36 Prozent) beschreibt

Subjektive Schichtzugehörigkeit

Abb. 7



In unserer Gesellschaft gibt es verschiedene Schichten. Manche verorten sich eher oben in der Gesellschaft, andere eher unten. Wo ordnen Sie sich selbst auf einer Skala von 1–7 ein?

FES-Datensatz: Kartographie der Arbeiter:innenklasse

QUELLE: eigene Darstellung.

sich als obere Mittelschicht oder Oberschicht, während nur elf Prozent angeben, der unteren Mittelschicht oder Unterschicht anzugehören“ (Engels et al. 2024: 28).

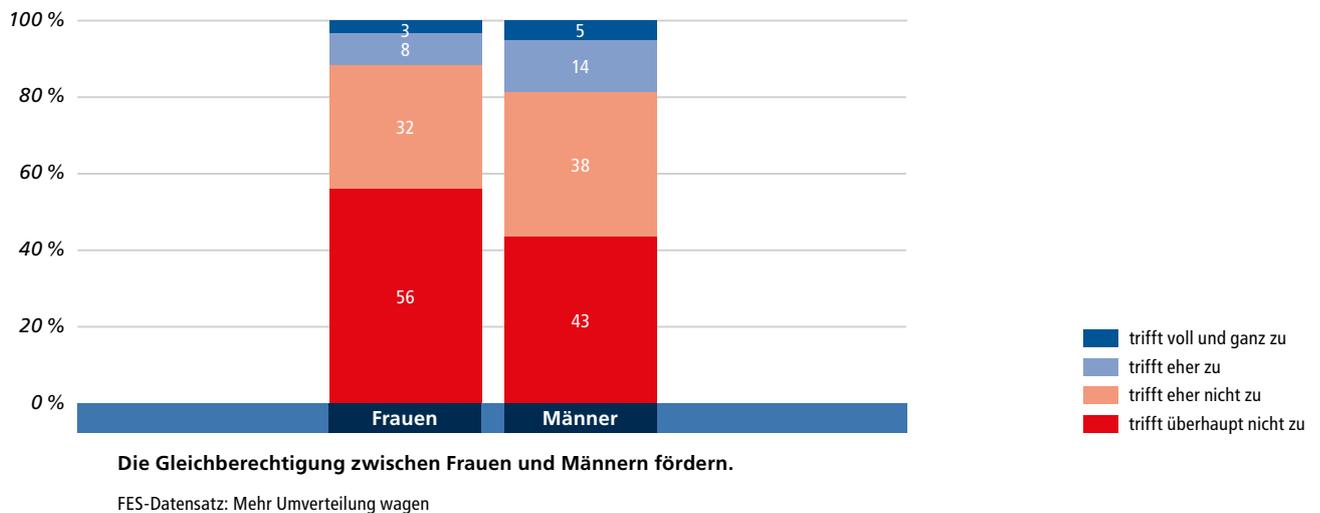
Mit Blick auf die moderne Arbeiter_innenklasse zeigen die Autor_innen, dass diese wesentlich weiblicher geworden ist, was sich vor allem auf den Zuwachs im weiblich geprägten Dienstleistungssektor zurückführen lässt. Im Dienstleistungssektor identifizieren sich 70 Prozent der Beschäftigten mit der Arbeiter_innenklasse. Dies ist ein deutlich höherer Anteil im Vergleich zu anderen Sektoren. Frauen in diesen Sektoren, insbesondere in der Pflege, im Verkauf und in Reinigungsberufen, sind hier häufig von prekären Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen betroffen, was sich wiederum auf die Wahrnehmung von Klasseninteressen auswirkt. Generell zeigen Personen, die in niedrig- bis mittelqualifizierten Arbeiter_innenberufen tätig sind, eine ausgeprägte Identifikation mit der Arbeiter_innenklasse und deren Interessen. Das gilt sowohl in der traditionellen, vorwiegend männlich geprägten Produktionsarbeit als auch im zunehmend weiblich dominierten Dienstleistungssektor (Westheuser et al. 2024: 21).

2.4 GESELLSCHAFTSPOLITISCHE EINSTELLUNGEN: DAS PROGRESSIVERE GESCHLECHT?

In Fragen zu Gesellschaftspolitik und Geschlechtergerechtigkeit zeigen sich Frauen wesentlich progressiver als Männer. Wenig überraschend stimmen Frauen der Aussage, dass die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen politisch gefördert werden sollte, mit 88 Prozent häufiger zu als Männer mit 81 Prozent (Effektstärke 0,17; Abbildung 8).

Diese progressiven Einstellungen in Bezug auf gesellschaftspolitische Themen und Geschlechtergerechtigkeit sehen auch andere Studien: Die Salienz von Themen wie Gleichberechtigung und geschlechtergerechter Politik kann auch Wahlergebnisse beeinflussen, wobei Frauen Parteien bevorzugen, die diese Themen stärker betonen (vgl. hierzu Hudde 2023). Auch eine Studie der Universität Bonn für die FES zur Frage des Vertrauens in die Demokratie zeigt, dass sich größere Abweichungen zwischen den Geschlechtern unter anderem im Kontext Gleichstellung feststellen lassen. In dieser Studie stuften 56 Prozent der Frauen, aber nur 43 Prozent der Männer Gleichstellung als starken oder sehr starken Konflikt ein (Best et al. 2023).

In Bezug auf Familienbilder und die Rechte von Minderheiten werden diese Unterschiede noch deutlicher (Abbildung 9): Frauen bewerten die gleichgeschlechtliche Ehe deutlich positiver (66 Prozent) als Männer (54 Prozent) (Effektstärke 0,1). Frauen sind auch die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare ein größeres Anliegen, 65 Prozent sind diese Rechte „vollkommen“ oder „eher wichtig“, bei Männern hingegen sind dies nur 52 Prozent (Effektstärke 0,14).



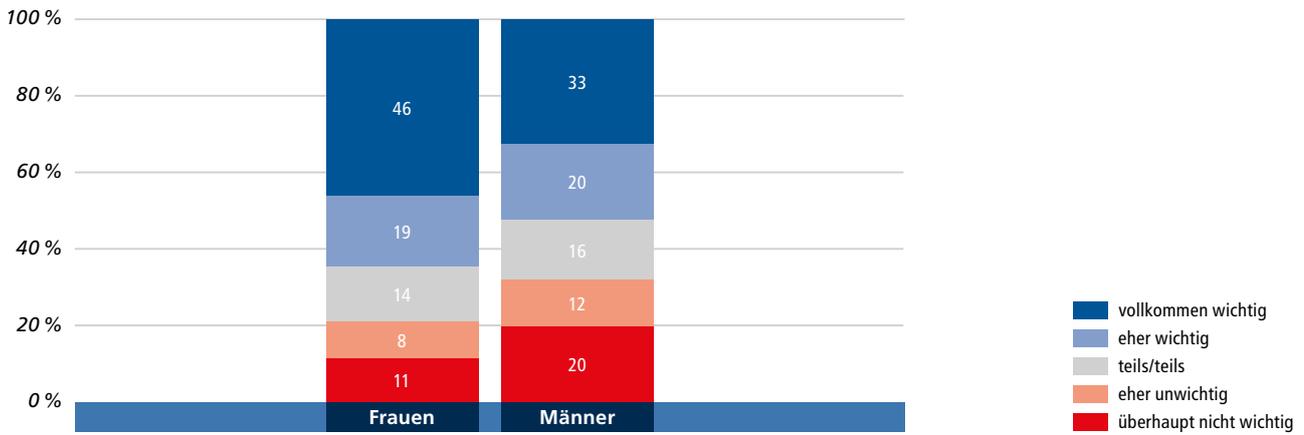
QUELLE: eigene Darstellung.

2.5 GESCHLECHTERÜBERGREIFENDE SKEPSIS BEIM THEMA MIGRATION

Migrationspolitik ist derzeit ein Thema mit gesellschaftlichem Sprengpotenzial, Umfragedaten zeigen hier große gesellschaftliche Skepsis und Verunsicherung. Das Thema scheint nicht nur medial den gesellschaftspolitischen Diskurs zu dominieren, sondern spielt auch im politischen Diskurs eine zentrale Rolle. In unseren Daten finden sich kaum Unterschiede in der Einstellung von Männern und Frauen. Allgemein danach befragt, ob Zuwanderung nach Deutschland generell begrenzt werden soll, stimmen in der Erhebung „Mehr Umverteilung wagen“ 67 Prozent der befragten Frauen „voll und ganz“/„eher“ der Aussage zu und 64 Prozent der Männer (Abbildung 10). Beide Gruppen lehnen gleichermaßen (29 Prozent) die Aussage „voll und ganz“/„eher“ ab. Hier können wir keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern feststellen. Dasselbe gilt für die Aussage, dass „Migranten das kulturelle Leben bereichern“, der Anteil von „teils/teils“-Antworten ist ebenfalls ähnlich: Frauen 37 Prozent, Männer 35 Prozent (siehe Abbildung 10). Auch in einer FES-Studie zum Demokratievertrauen wird deutlich, dass Frauen und Männer mit Blick auf Migration eine sehr ähnliche, hauptsächlich kritische Haltung einnehmen. Die Studie zeigt, dass Unterschiede in den Einstellungen weniger auf das Geschlecht, sondern stärker auf Bildungsgrad und sozioökonomischen Status zurückzuführen sind (Best et al. 2022).

Ähnliche Ergebnisse finden sich auch in einer Studie der Bertelsmann-Stiftung (Kösemen/Wieland 2022), die keine systematischen Unterschiede im Antwortverhalten von Frauen und Männern hinsichtlich der Einschätzung

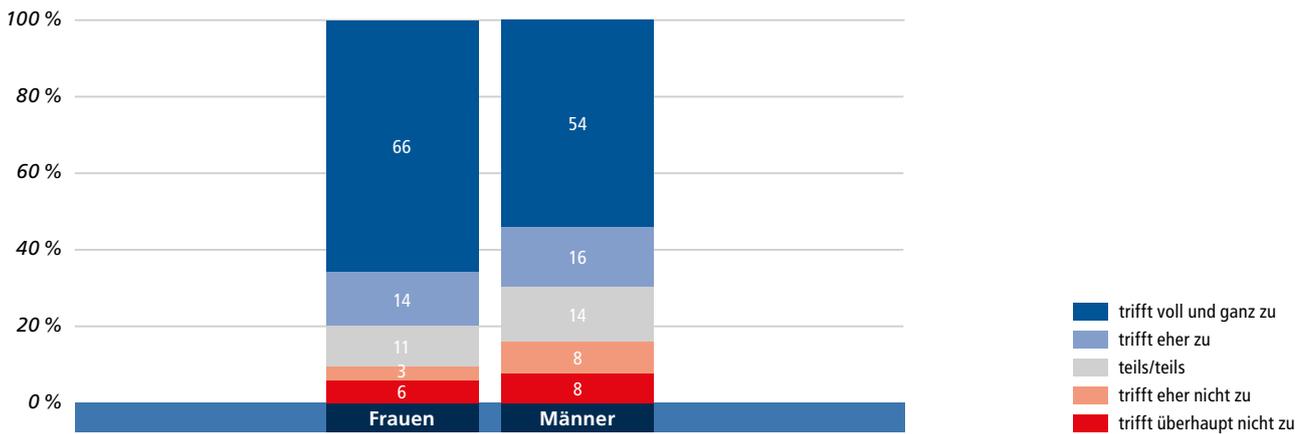
positiver und negativer Folgen von Zuwanderung feststellen kann. Weitere Analyse unterstreichen aber die oben beschriebenen Befunde, wenn es um soziale Gerechtigkeit und Empfinden von Ungleichheit geht: „Bei Fragen der Integration und eines gleichberechtigten Zusammenlebens in einer vielfältigen Gesellschaft werden jedoch Unterschiede im Antwortverhalten von Frauen und Männern deutlich, die darauf hindeuten, dass die Frauen sensibler für Benachteiligungen sind. Dass die Leistungen von Zugewanderten, die schon lange in Deutschland leben und arbeiten, eine große Wertschätzung erfahren, meinen weniger Frauen (44 %) als Männer (50 %), während mehr Frauen (65 %) als Männer (59 %) Diskriminierung aufgrund der Herkunft als Hindernis für Integration wahrnehmen“ (Kösemen/Wieland 2022: 33).



Wenn Sie an die politischen Themen denken, die Sie gerade bewertet haben, für wie wichtig halten Sie jedes einzelne Thema?

Die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren.

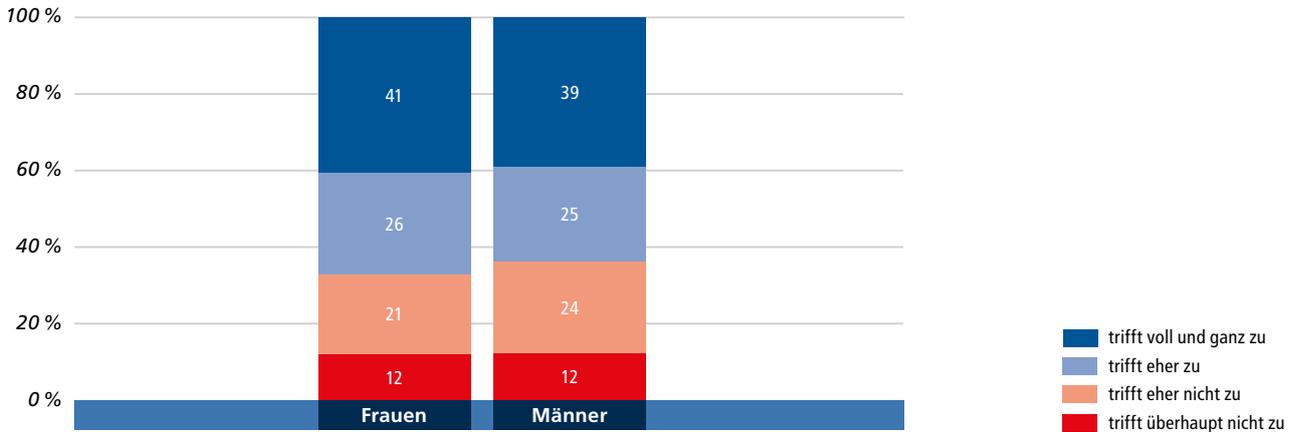
FES-Datensatz: Identität, Parteibindung, Polarisierung



Es ist gut, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern erlaubt sind.

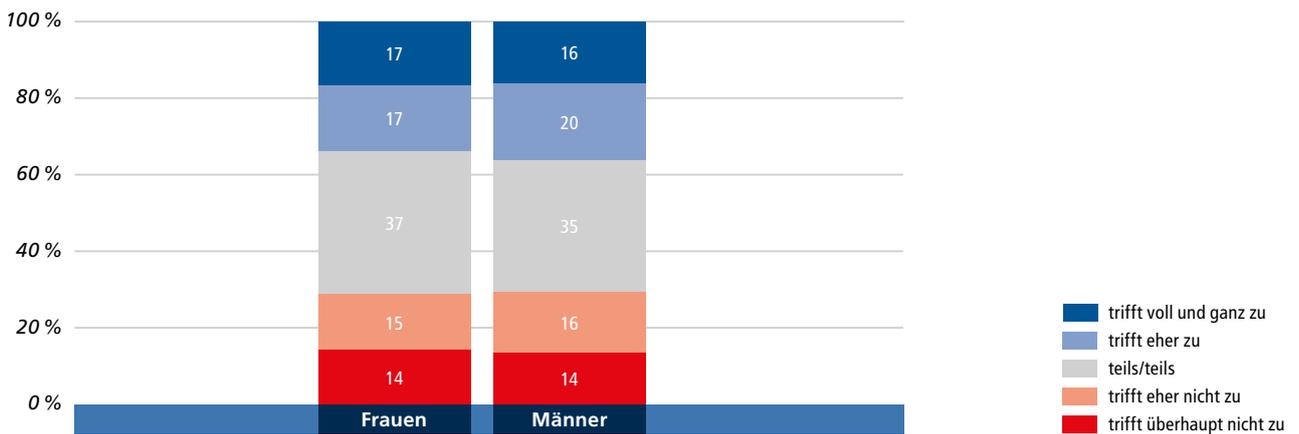
FES-Datensatz: Kartographie der Arbeiter:innenklasse

QUELLE: eigene Darstellung.



Die Einwanderung nach Deutschland stärker begrenzen.

FES-Datensatz: Mehr Umverteilung wagen



Es ist bereichernd für das kulturelle Leben in Deutschland, wenn Migranten hierherkommen.

FES-Datensatz: Kartographie der Arbeiter:innenklasse

QUELLE: eigene Darstellung.

2.6 VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

Kaum ein Thema ist in der öffentlichen und gesellschaftlichen Wahrnehmung mit Genderunterschieden so verbunden wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast der unbezahlten Sorgearbeit. Erwerbstätige Frauen leisten im Mittel acht Stunden mehr unbezahlte Arbeit in der Woche als erwerbstätige Männer. Besonders hoch ist der Gender-Care-Gap, wenn Kinder unter sechs Jahren in der Familie leben, er beträgt 15 Stunden pro Woche. Paare fallen meist nach der Geburt des ersten Kindes in ein tradiertes Rollenmodell zurück – auch wenn sie die Sorgearbeit ursprünglich partnerschaftlich aufteilen wollten. Auch im Kontext Pflege besteht der Gender-Care-Gap – erwerbstätige Frauen leisten deutlich mehr unbezahlte Pflegearbeit. Dieser Gap besteht außerdem in Konstellationen mit zwei vollzeitbeschäftigten Partner_innen ohne Kinder, auch hier leisten Frauen mehr unbezahlte Arbeit (Lott 2024).

Auch in der Befragung „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“ lässt sich dieser Gender-Care-Gap nachzeichnen. Hierfür ziehen wir die Analyse von Eileen Peters im Rahmen des Arbeiter_innenklasse-Projektes heran, da hier nicht nur der Unterschied zwischen Frauen und Männern im Fokus stand, sondern auch der zwischen Eltern und Nichteltern.⁴ Zunächst zeigt sich, dass über alle Personengruppen hinweg das Merkmal Vereinbarkeit von Beruf und Privat- bzw. Familienleben eine sehr große Rolle spielt, auch bei Personen ohne Kinder (Abbildung 11). Die größte Bedeutung hat es aber für Frauen – sowohl für Mütter als auch für Frauen ohne Kinder, wobei Mütter den Spitzenplatz einnehmen. Dies gilt auch für die Wichtigkeit von flexiblen Arbeitszeitmodellen, die vor allem für Mütter relevant sind. Diese Positionierung deutet daraufhin, dass Mütter oftmals Erwerbsarbeit nachgehen wollen und Wege suchen, beides zu bewältigen: Kinderbetreuung mit all ihren unvorhergesehenen Alltagsherausforderungen und die Anforderungen einer erfüllenden beruflichen Tätigkeit. Flexible Arbeitszeitmodelle sind dabei ein wichtiges Instrument, können allerdings auch zu einer sehr hohen alltäglichen Belastung führen (Mental-Load).

An dieser Stelle ist zu betonen, dass alle abgefragten sogenannten Arbeitsmerkmale (ein sicherer Arbeitsplatz, ein angemessenes Einkommen, Karriere- und Entwicklungschancen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und flexible Arbeitszeitmodelle) bei allen hier definierten Personengruppen sehr hohe Zustimmungswerte erzielen; es geht also mehr um ein Ranking der wichtigsten Arbeitsmerkmale, in einem Feld von Merkmalen, die alle als wichtig erachtet werden.

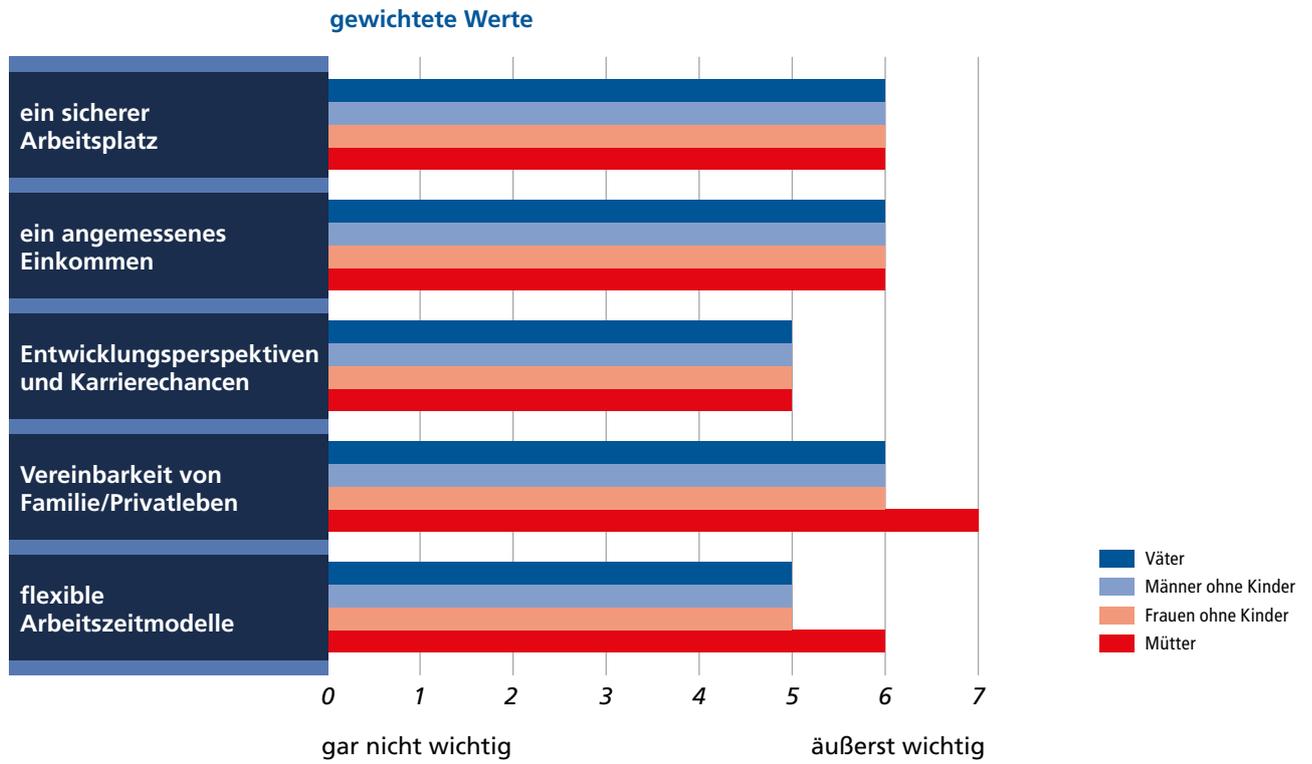
Dass Müttern vor allem Vereinbarkeit und Flexibilität besonders wichtig ist, spiegelt die oben beschriebenen Realitäten rund um Sorgearbeit wider. Ein Umstand, der Frauen nicht alleine verärgert und vor Probleme stellt.

Auch Väter messen diesen Aspekten eine hohe Bedeutung zu. Wie eine Analyse von familiendemografischen Daten durch das DIW zeigt, wünschen sich viele Familien eine ausgewogenere Arbeitsteilung. Männer möchten weniger, Frauen etwas mehr arbeiten. Dennoch begünstigen strukturelle Rahmenbedingungen weiterhin das Zuverdienermodell, das finanziell für viele Familien am attraktivsten ist. Ein partnerschaftliches „Erwerbs- und Sorgemodell“, bei dem beide Elternteile jeweils etwa 30 Stunden pro Woche in Teilzeit arbeiten, wird derzeit lediglich von 3 bis 5 Prozent der Paare in Westdeutschland umgesetzt (DIW 2024).

⁴ Die Studie verwendet die Begriffe Mütter/ Väter für Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung angeben, Sorgearbeit im eigenen Haushalt gegenüber minderjährigen Kindern zu erfüllen. Frauen/ Männer ohne Kinder bezeichnen solche Befragten, die angeben, dass derzeit keine minderjährigen Kinder im eigenen Haushalt leben.

Durchschnittliche Wichtigkeit von Arbeitsmerkmalen

Abb. 11



Wie wichtig sind Ihnen ganz allgemein die folgenden Faktoren bei einer beruflichen Tätigkeit? (Antwortskala 1 = gar nicht wichtig bis 7 = äußerst wichtig).

QUELLE: Peters 2024.

2.7 IST KLIMASCHUTZ WEIBLICH?

Blicken Frauen und Männer unterschiedlich auf den Klimawandel und Maßnahmen zum Klimaschutz? Verschiedene Umfragen deuten auf einen solchen Eco-Gender-Gap (Mintel 2018) hin, nach dem Frauen umwelt- und klimabewusster denken und zumindest teilweise handeln (siehe z. B. BMUV 2022, Lübke 2021). In den Umfragedaten, die dieser Studie zu Grunde liegen, können wir jedoch keine überzufälligen Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den Haltungen zu Klimaschutz und Klimapolitik feststellen, die Effektstärken sind kaum messbar.

Haltungen zu Klimapolitik, Klimaschutz und Klimawandel sind in Umfragen ein komplexes Thema, das immer wieder ambivalente Ergebnisse zu Tage fördert. Dies gilt in besonderem Maße für sozialwissenschaftliche Forschung zu den vielfältigen Verschränkungen von Geschlecht und dem Gesamtkomplex Klimapolitik: Frauen sind allgemein stärker vom Klimawandel betroffen, sind zum Beispiel anfälliger für klimabedingte Gesundheitsrisiken wie Schwangerschaftskomplikationen und höhere Sterberaten bei Ressourcenknappheit (Berg/Iblher 2022). Auf Entscheidungsebenen in der Klimapolitik und in neuen grünen Branchen sind sie gleichzeitig unterrepräsentiert. Klimapolitik ist national wie international häufig geschlechterblind und hat intersektionale Effekte wie Einkommen und Armut, Alter oder Behinderungen bisher häufig nicht berücksichtigt (Heffernan 2022).

In diesen Klima-Gender-Komplex hat auch die Konsumindustrie eine Nische entdeckt und vermarktet Produkte, die spezifisch Frauen adressieren, oftmals als besonders umwelt- und klimaverträglich. Dabei handelt es sich vor allem um Kosmetika und Haushaltsprodukte: Frauen sind nicht nur die einflussreicheren Verbraucher_innen, sondern überproportional in ihrer unbezahlten Sorgearbeit auch für die Haushaltsarbeit zuständig. Autor_innen einer im Fachjournal „Sex Roles“ veröffentlichten Studie (Swim et al. 2020) kommen zu dem paradoxen Ergebnis, das genau dieses spezifische Targeting zu einer weniger klimabewussten Einstellung bei Männern führen könnte. Diese würden womöglich deshalb auf klimafreundliches Verhalten verzichten, weil dieses zunehmend „weiblich“ konnotiert ist. Laut dieser Studie ist es bekannt, dass Männer aus diesem Grund häufiger ablehnen, sich vegetarisch oder vegan zu ernähren.

In den vorliegenden Daten zeigt sich, dass die Forderung nach mehr Klimaschutz in (fast) allen gesellschaftlichen Gruppierungen unstrittig ist. Schwieriger wird das Bild, wenn nach der Meinung zu einzelnen politischen Maßnahmen gefragt wird. Meinungsumfragen stoßen dabei oft auf zwei Probleme: Zum einen sind viele Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation zu komplex, um sie in ihren konkreten Wirkungen richtig beurteilen zu können. Zum anderen ist oftmals ein hohes Maß an technologischem Wissen notwendig. Gleichzeitig – und paradoxerweise – werden Maßnahmen oft in einer unterkomplexen Weise abgefragt, sodass begleitende Elemente, wie etwa Mechanismen zur Abmilderung sozialer Härten oder die Finanzierung durch den gleichzeitigen Abbau klima-

schädlicher Subventionen, nicht berücksichtigt oder ausreichend beschrieben werden. Robuste Antworten auf solche Fragen sind daher kaum zu erwarten. Vor diesem Hintergrund fragt die Studie „Vertrauensfrage Klimaschutz“ (Hagemeyer et al. 2024) nicht spezifische Maßnahmen ab, sondern fragt viel mehr danach, welche Akteure mehr für den Klimaschutz tun sollten und welche Argumente in der Debatte für mehr Klimaschutz die Menschen am stärksten überzeugen.

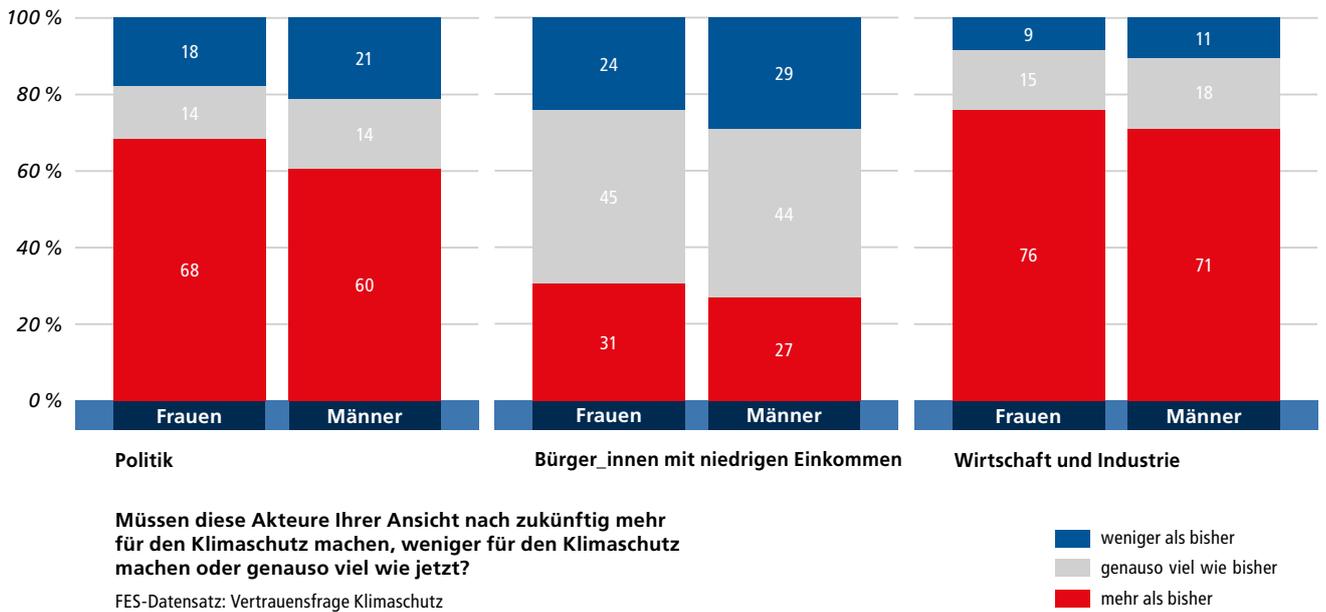
Gefragt nach verschiedenen Akteur_innen und deren Pflicht, sich mehr für Klimaschutz zu engagieren, finden wir wieder nur geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern, allerdings zeichnen alle (geringfügigen) Unterschiede die gleiche Richtung (Abbildung 12): Frauen verlangen ein Mehr an Klimaschutz im Vergleich zu Männern, dabei nehmen 68 Prozent der Frauen die Politik besonders in die Pflicht, aber nur 60 Prozent der Männer tun dies. Auffällig ist das Antwortverhalten bei beiden Geschlechtern bezüglich der Frage, ob Bürger_innen mit niedrigem Einkommen mehr Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen sollten: Zwar erwarten auch hier Frauen etwas häufiger mehr Einsatz als Männer, allerdings finden sich bei beiden Geschlechtern die größten Anteile bei der Einschätzung, dass diese gesellschaftliche Gruppe „genauso viel wie bisher“ tun sollte. Dies deutet darauf hin, dass die Kosten der Transformation ein beständiger Begleiter der Diskussion sind und das Thema Gerechtigkeit (starke Schultern tragen mehr als schwache) eine wichtige Rolle spielt.

Hinsichtlich der Narrative können wir zwar in den rein deskriptiven Verteilungen leicht höhere Werte für Frauen feststellen. Frauen stehen den Argumenten, dass Bürger_innen sowohl gesundheitlich als auch finanziell von mehr Klimaschutz profitieren können – zum Beispiel durch sinkende Gesamtenergiekosten infolge erneuerbarer Energien – etwas positiver gegenüber als Männer. Auch sehen Frauen in Deutschland stärker in der Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz. Einzig das Wirtschafts- und Technologieargument (Abbildung 13) finden Männer eher überzeugend als Frauen. Dennoch muss an dieser Stelle betont werden, dass diese leichten Unterschiede in der Verteilung dem Analyseverfahren zur Bestätigung überzufälliger Unterschiede nicht standhalten.

Betrachten wir alle hier abgebildeten Dimensionen unter dem Blickwinkel Geschlechterunterschiede beim Thema Klimabewusstsein, lässt sich – trotz geringer statistischer Aussagekraft – die Tendenz ablesen, dass Frauen Klimapolitik stärker als Männer gemeinwohlorientiert betrachten. Sie sind etwas weniger vom Wirtschaftsnarrativ überzeugt, sie sehen etwas mehr die Notwendigkeit für verschiedene Akteur_innen, mehr für den Klimaschutz zu tun. Im Kontext mit der zuvor beschriebenen Forschung in diesem Themenbereich wollen wir die These, dass Frauen den Klimawandel mit größerer Sorge betrachten, nicht rein auf Grundlage unserer Daten zurückweisen.

Einstellungen Klimapolitik

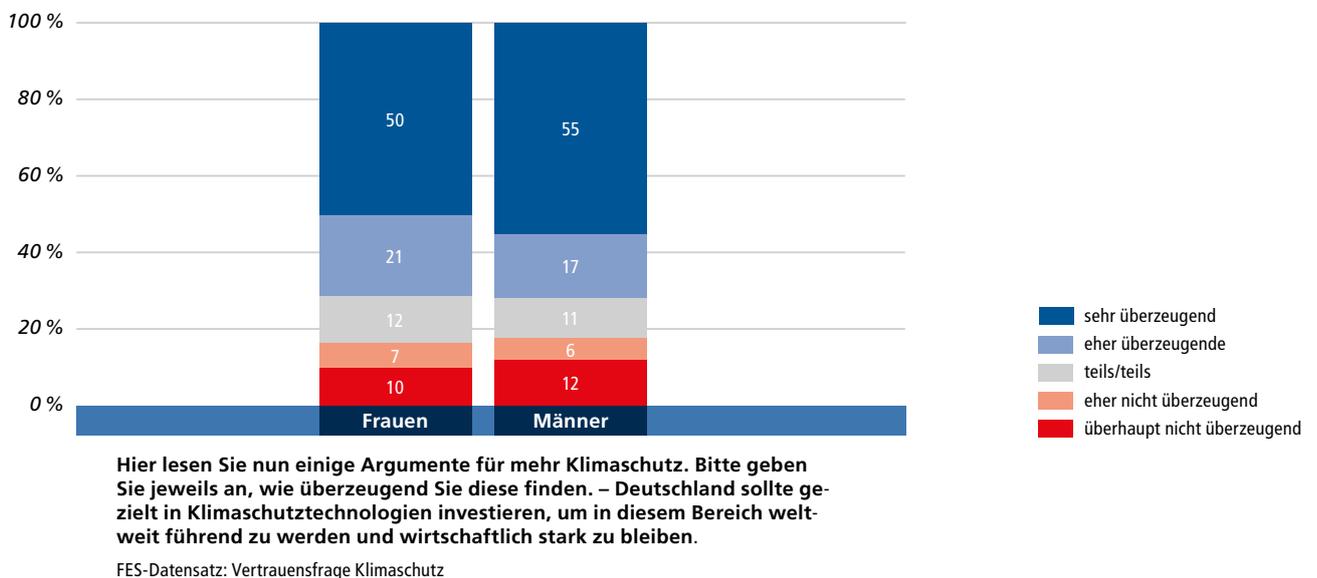
Abb. 12



QUELLE: eigene Darstellung.

Zustimmung/Ablehnung zum Narrativ: Klimaschutz als Wirtschaftsvorteil

Abb. 13



QUELLE: eigene Darstellung.

2.8 FINANZPOLITISCHE EINSTELLUNGEN

BEWERTUNG VON FINANZPOLITISCHEN MASSNAHMEN

Wenn Frauen soziale Ungerechtigkeiten stärker wahrnehmen und klarer benennen als Männer, lassen sich entsprechende Unterschiede auch in ihrer Bewertung finanzpolitischer Maßnahmen feststellen, die auf eine gerechtere Verteilung von Ressourcen abzielen? Tatsächlich finden wir eher geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei Fragen der gerechten Besteuerung. So empfinden mehr als zwei Drittel aller Befragten die Tatsache, dass in Deutschland Erwerbsarbeit höher besteuert wird als Gewinne am Finanzmarkt „sehr/eher ungerecht“. Dass in Deutschland derzeit keine Vermögensteuer erhoben wird, empfindet mehr als die Hälfte aller Befragten in der Erhebung „sehr/eher ungerecht“ (Güttler et al. 2023). Einen Unterschied zwischen den Geschlechtern können wir jedoch feststellen, wenn es um die Haltung zu Erbschaften geht (Abbildung 14). Der Aussage „Erben ist Glück und keine Leistung, daher sollte durch eine Erbschaftsteuer auch die Allgemeinheit profitieren“ stimmen nach Analyse der vorliegenden Studie nur 45 Prozent der Frauen, aber 54 Prozent der Männer „voll und ganz“/„eher“ zu (Effektstärke 0,12). Diese Haltung von Frauen verwundert vor allem vor dem Hintergrund eines Gender-Gift-Gaps. Frauen erhielten laut einer Studie, basierend auf den Daten der Schenkungs- und Erbschaftsteuer in Deutschland, zwischen 2007 und 2020 um 37 Prozent geringere Schenkungs- und Erbschaftsummen als Männer. Männer erben 1,1 Mal häufiger als Frauen und erhalten 1,4 Mal häufiger Schenkungen. Zudem ist das Volumen von Schenkungen oder Erbschaften, die Frauen erhalten, deutlich geringer als solche, die Männer erhalten: Schenkungen fallen durchschnittlich um 10 Prozent geringer aus, bei Erbschaften beträgt der Unterschied 7 Prozent (Tisch/Schechtel 2023).

Interessanterweise bewerten Frauen jedoch die niedrigere Besteuerung sehr großer Erbschaften, die über den Freibeträgen liegen, kritischer als Männer (Abbildung 15). Hier empfinden 83 Prozent der Frauen und 78 Prozent der Männer diese Regelung als ungerecht (Effektstärke 0,12). Die generelle Ablehnung einer stärkeren Erbschaftsteuer durch Frauen steht daher in einem gewissen Widerspruch zu ihrer kritischen Haltung gegenüber der Steuerprivilegierung sehr hoher Erbschaften.

Wie lässt sich nun erklären, dass Frauen Erben weniger als leistungsloses Einkommen betrachten als Männer? Eine Erklärungsthese könnte sein, dass Frauen im privaten Umfeld nach wie vor einen wesentlich höheren Anteil der Sorgearbeit übernehmen, so auch bei der Pflege von Angehörigen, bei denen es sich oftmals um Eltern oder andere ältere Verwandte handelt. Solche Erbschaften werden von Frauen möglicherweise als Ergebnis ihres persönlichen Einsatzes wahrgenommen und nicht als leistungslos. Diese subjektive Sicht könnte erklären, warum Frauen einer stärkeren Besteuerung von Erbschaften zurückhaltender gegenüberstehen.

SELBSTEINSCHÄTZUNG ZU FINANZPOLITISCHEM WISSEN

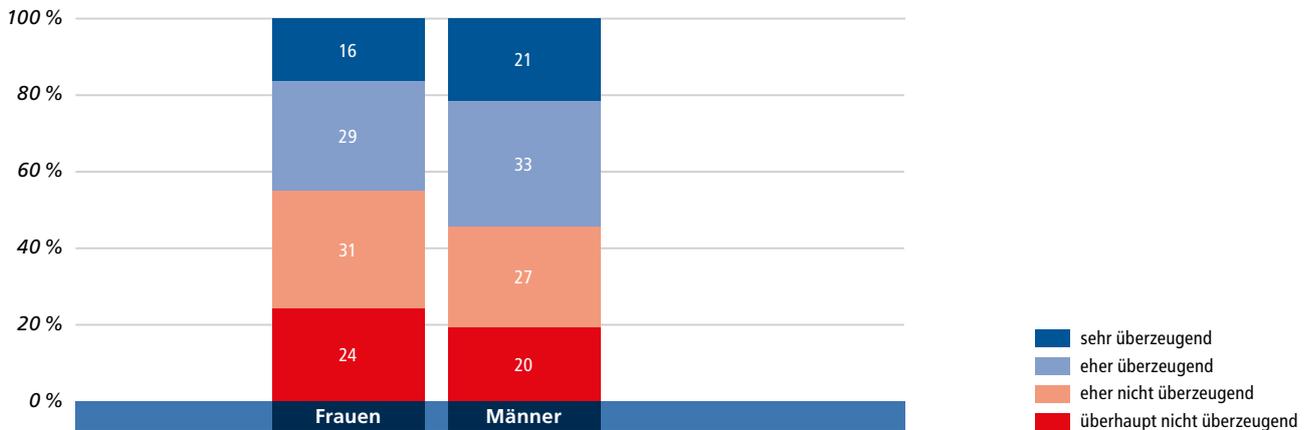
Insgesamt gehen Frauen eher davon aus, dass sie selbst in Bezug auf finanzpolitische Themen wenig sprechfähig sind. Sie geben überdurchschnittlich häufig ein niedrigeres Wissen um Finanzinstrumente an, daraus resultierend sind sie auch weniger überzeugt davon, finanzpolitische Instrumente kompetent beurteilen zu können, zum Beispiel nach Aspekten der Gerechtigkeit (Güttler et al. 2023). Der Aussage „Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über Steuern und Finanzen aktiv zu beteiligen“ stimmen nur 39 Prozent der befragten Frauen zu, aber 57 Prozent der Männer (Effektstärke 0,24; Abbildung 16). Ähnlich sieht es bei der Einschätzung des eigenen Verständnisses der Thematik aus: auch hier stimmen 71 Prozent der Frauen der Aussage „Das Thema Steuern und Finanzen ist häufig so komplex, dass ich nicht durchblicke und alles verstehe.“ Zu („voll und ganz“/„eher“), Männer aber nur zu 65 Prozent (nicht graphisch dargestellt).

Besonders eklatant ist die Differenz, wenn nach konkreten Maßnahmen oder Instrumenten gefragt wird (Abbildung 17). So geben beispielsweise 67 Prozent der befragten Frauen an, noch nie von einer angepassten Kapitalertragsteuer gehört zu haben, aber nur 54 Prozent der Männer (Effektstärke 0,19). Vom Vorschlag, zusätzliche Staatsschulden aufzunehmen, wissen nach eigenen Angaben 74 Prozent der befragten Männer, aber nur 62 Prozent der befragten Frauen (Effektstärke 0,17).

Vermeintlich fehlendes Wissen und ein geringeres Zutrauen in die eigenen Kompetenzen beim Thema Finanzpolitik führen dazu, dass Frauen sich auch weniger in solche Gespräche einbringen, sowohl im privaten Umfeld als auch im gesellschaftlichen und politischen Diskurs. Eine australische Studie aus 2022 belegt diese „female humility“. Die Studie hat geschlechtsspezifische Unterschiede in der Selbsteinschätzung der Intelligenz untersucht und stellt fest: Frauen schätzen ihre Intelligenz systematisch niedriger als Männer, obwohl objektive Messungen keine Geschlechterunterschiede zeigen. Hier zeigt sich eine Verschränkung von Persönlichkeit, Selbstwertgefühl und gesellschaftlich verankerten Vorstellungen von Geschlecht. Männer gaben im Durchschnitt eine um 8,5 IQ-Punkte höhere Intelligenz an und waren damit recht nah an der tatsächlich gemessenen Intelligenz. Frauen hingegen unterschätzen ihre Intelligenz systematisch um ca. 6,3 IQ-Punkte. Insgesamt haben die Forschenden ein erhöhtes Selbstwertgefühl mit Blick auf die eigene Bildung bei Männern festgestellt (Reilly 2022: 9ff.). Auch die in unseren Daten durch Frauen angegebenen Wissensdefizite könnten durch den „female humility effect“ erklärt werden: Es könnte sich also um „wahrgenommene“ Defizite handeln, nicht unbedingt tatsächliche.

Einstellung zu Erbschaften

Abb. 14



Eine Erbschaftsteuer wird im Falle einer Erbschaft einmalig fällig. Je nach familiärer Nähe gibt es dabei Freibeträge, auf die keine Steuern erhoben werden: Ehepartner_innen können aktuell eine halbe Million Euro steuerfrei erben, Kinder von jedem Elternteil 400.000 Euro steuerfrei. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Argumente, ob Sie es sehr überzeugend, eher überzeugend, eher nicht überzeugend oder überhaupt nicht überzeugend finden.

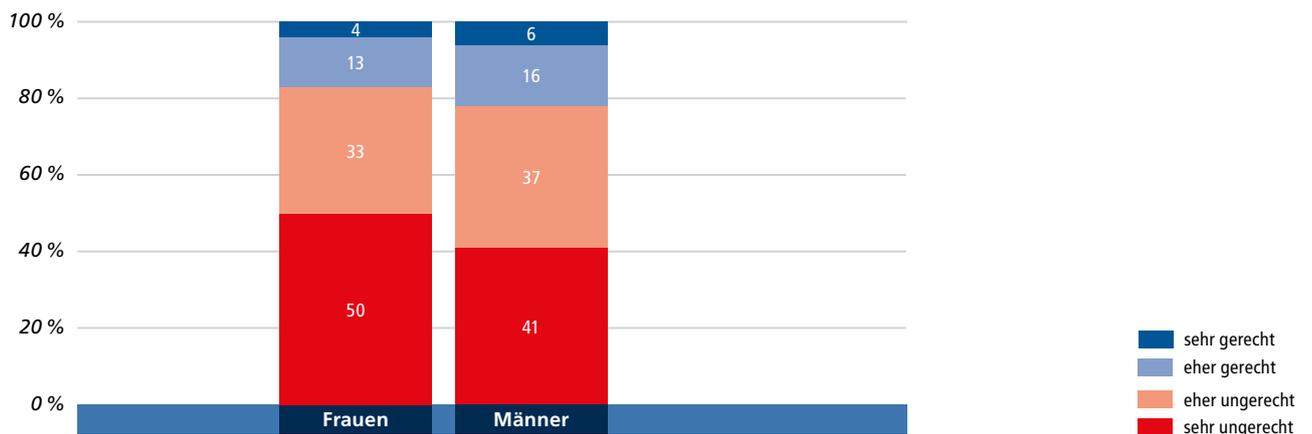
Erben ist Glück und keine Leistung, daher sollte durch eine Erbschaftsteuer auch die Allgemeinheit profitieren.

FES-Datensatz: Mehr Umverteilung wagen

QUELLE: eigene Darstellung.

Einstellungen zur Erbschaftsteuer

Abb. 15



Das deutsche Steuersystem hat verschiedene Eigenschaften. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie die folgenden Eigenschaften sehr gerecht, eher gerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht finden.

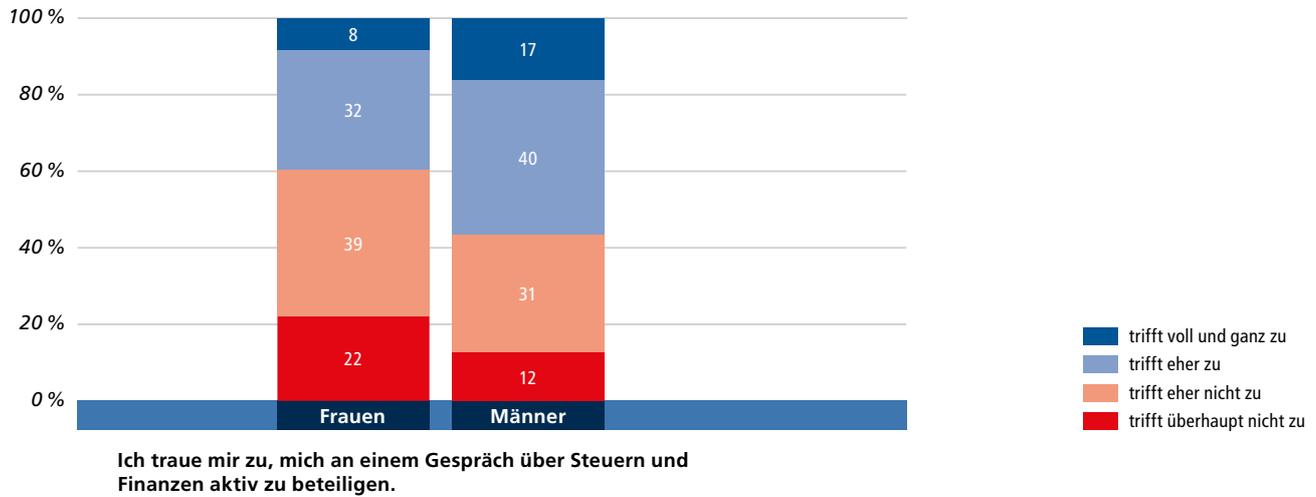
Sehr hohe Erbschaften werden in Deutschland niedriger besteuert als kleine Erbschaften, die über den Freibeträgen liegen.

FES-Datensatz: Mehr Umverteilung wagen

QUELLE: eigene Darstellung.

Selbsteinschätzung finanzpolitisches Wissen

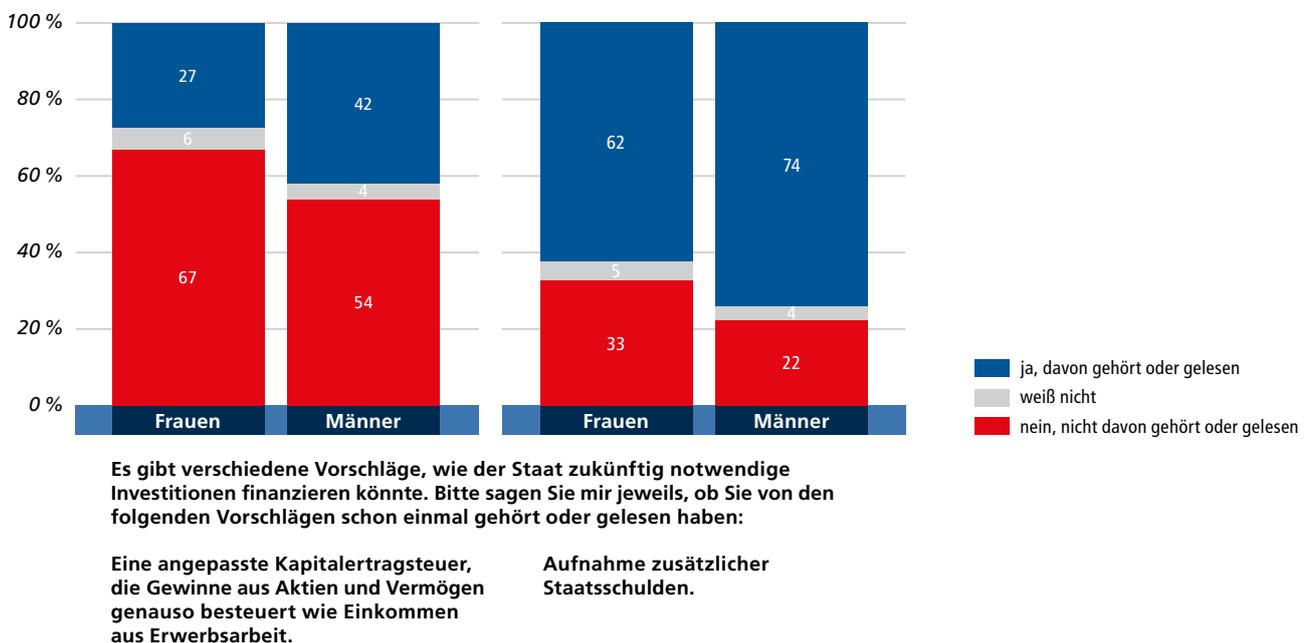
Abb. 16



QUELLE: Güttler et al. 2023.

Einstellungen zu finanzpolitischen Instrumenten

Abb. 17



Es gibt verschiedene Vorschläge, wie der Staat zukünftig notwendige Investitionen finanzieren könnte. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie von den folgenden Vorschlägen schon einmal gehört oder gelesen haben:

Eine angepasste Kapitalertragsteuer, die Gewinne aus Aktien und Vermögen genauso besteuert wie Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Aufnahme zusätzlicher Staatsschulden.

FES-Datensatz: Mehr Umverteilung wagen

QUELLE: eigene Darstellung.

3

PROGRESSIVE EINSTELLUNGEN – KONSERVATIVES WAHLVERHALTEN? UNTERSCHIEDE IN PARTEIPRÄFERENZEN NACH GESCHLECHT

Aus Sicht der Wahlforschung, der Politikberatung und der Parteien interessiert mit Blick auf die beschriebenen Unterschiede zwischen Männern und Frauen vor allem eine Frage: Inwiefern schlagen sich die Einstellungen zu gesellschaftspolitischen Fragen auch im Wahlverhalten nieder? Ausgehend von den vorherigen Analysen müsste man annehmen, dass Frauen tendenziell eher Parteien wählen, die wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch progressiv-links stehen, Männer eher solche, die wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch konservativ-rechts stehen.

Blicken wir hierfür zunächst auf die Wahlwahrscheinlichkeiten, die in den vorliegenden Studien erhoben wurden. Für diesen Zweck wurden verschiedene, im Bundestag vertretene Parteien zu Partiefamilien zusammengefasst. Der Blick auf einzelne Parteien würde eine Verzerrung ergeben, da hier Kandidat_inneneffekte, die allgemeine Wahrnehmung einer Partei zum Erhebungszeitpunkt und andere Faktoren die Wahlpräferenz besonders beeinflussen können, dies aber hier nicht abgebildet werden kann. Wir unterscheiden im Folgenden zwischen Mitte-links-Parteien, Mitte-rechts-Parteien und populistischen Parteien. In die letzte Kategorie fallen die AfD sowie das BSW; besonders bei der noch recht jungen Partei BSW wird die ideologische politische Ausrichtung noch innerparteilich ausgehandelt. Unter Mitte-links verstehen wir SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, unter Mitte-rechts CDU/CSU und FDP. Die Bündelung der Parteien beruht auf historischen Koalitionsbekundungen, parteipolitischen Nähe und Umfragedaten, die die Verortung von Parteien auf der Links-rechts-Skala aus der Bevölkerung heraus untersuchen. Nichtsdestotrotz unterscheiden sich natürlich auch die hier zusammengefassten Parteien in ihren Parteiprogrammen in zentralen Aspekten voneinander.

Tabelle 1 stellt beispielhaft die Ergebnisse zur Abfrage der Wahlwahrscheinlichkeiten in den Datensätzen „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“, „Mehr Umverteilung wagen“, „Vertrauensfrage Klimaschutz“ und „Welche Träume bewegen Deutschland“ dar. Hier zeigt sich, dass Frauen durchaus im Mittel eine höhere Wahlwahrscheinlichkeit für Parteien links der Mitte angeben als Männer, für Parteien also, die in der öffentlichen Wahrnehmung für ein eher progressives Gesellschaftsbild stehen (Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, Förderung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen), für eine sozial gerechtere Vermögensverteilung und eine progressivere Finanzpolitik (einschließlich z. B. einer Reform der Schuldenbremse).

Dabei fällt auf, dass die Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Wahlwahrscheinlichkeit von Mitte-

links-Parteien relativ gering sind (zwischen 2,5 Prozent und 0,5 Prozent, wobei im Datensatz „Vertrauensfrage Klimaschutz“ kein Unterschied festzustellen ist). Der Unterschied bei der Wahl von Mitte-rechts-Parteien ist ungleich größer mit Werten zwischen 2,4 Prozent und 7,1 Prozent. Noch eklatanter wird der Unterschied, wenn man die Wahrscheinlichkeit betrachtet, jemals eine der beiden populistischen Parteien zu wählen, insbesondere wenn ausschließlich die Datensätze betrachtet werden, in denen zunächst nur nach der AfD gefragt wurde: Hier geben Männer mit einem Unterschied zwischen 5,4 Prozent und 8,5 Prozent eine höhere Wahrscheinlichkeit an, jemals für diese Partei zu stimmen, als Frauen. Dieser Wert verändert sich dramatisch im Datensatz „Welche Träume bewegen Deutschland?“, bei dem auch Werte für das BSW erhoben wurden. Der Unterschied beträgt hier nur noch 0,8 Prozent. Dieser Befund kann ein Indiz dafür sein, dass beim BSW von Wähler_innen noch inhaltliche Unschärfen in zentralen Politikfeldern wahrgenommen werden. In diese Leerstellen werden dann gegebenenfalls persönliche Wünsche projiziert.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass sich die progressiveren Einstellungen von Frauen zwar in einer höheren Ablehnung von Mitte-rechts-Parteien und – vom BSW abgesehen – auch der AfD widerspiegeln. Aber sie führen nicht zu einer wesentlich höheren Wahrscheinlichkeit, Mitte-links-Parteien ihre Stimme zu geben. Für Parteien in diesem Spektrum bedeutet dies, dass sie ihre inhaltliche Kongruenz mit der Wählerinnenschaft nicht in Wahlwahrscheinlichkeit umsetzen können.

Stellen wir nun die Ergebnisse der Wahlwahrscheinlichkeiten mit den tatsächlichen Wahlergebnissen der Bundestagswahlen seit 1990 im Vergleich (Tabelle 2) gegenüber.

Die Muster, die sich hier zeigen, geben ein wesentlich weniger kohärentes Bild ab. Betrachten wir zunächst die Ergebnisse der Parteien des Mitte-links-Spektrums: Die Ergebnisse bestätigen das Bild der Grünen als „weibliche Partei“. Die SPD kann nur in Teilen von einer grundsätzlichen inhaltlichen Übereinstimmung der Wählerinnen mit den Parteihaltungen profitieren: In fünf von neun Wahlen überwiegt der Anteil weiblicher Stimmen.

Wahlwahrscheinlichkeit >6 auf einer Skala von 0–10 nach Parteienfamilie in ausgewählten Datensätzen (nach Geschlecht)

Tab. 1

Datensatz	Kartographie der Arbeiter:innenklasse		Mehr Umverteilung wagen		Vertrauensfrage Klimaschutz		Welche Träume bewegen Deutschland?	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
Mitte-links-Parteienfamilie	27,0	24,5	28,1	28,1	25,9	24,4	22,0	22,5
Mitte-rechts-Parteienfamilie	29,1	31,7	29,9	34,3	27,6	31,0	28,3	30,7
Populistische Parteien ⁵	17,3	22,7	14,1	20,8	22	28,1	18,3	23
							18,3	

Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand einer Skala von 0 bis 10 an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals bei einer Bundestagswahl wählen werden. 0 steht dabei für sehr unwahrscheinlich und 10 für sehr wahrscheinlich.

Abgefragte Parteien: SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke, AfD, BSW (letztere nur im Datensatz „Welche Träume bewegen Deutschland?“); hier: aggregierte Darstellung der Parteienfamilien.

QUELLE: eigene Darstellung.

Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1990 (nach Partei und Geschlecht)

Tab. 2

Wahljahr	SPD		CDU/CSU		Bündnis 90/Die Grünen		FDP		PDS/Die Linke		AfD	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
1990	36,1	34,1	44,8	42	4,9	4,6	10,6	11	2,5	2,8		
1994	35,9	36,1	42,2	40,6	8,2	7,0	6,6	7,5	4,2	4,6		
1998	41	41	35	35	8	6	6	6	5	5		
2002	40,2	36,7	37,8	39,2	8,9	8,2	6,7	8,1	3,7	4,3		
2005	35,5	32,8	35,5	34,8	8,8	7,4	9,0	10,7	7,6	9,9		
2009	23,1	23,0	36,4	31,0	12	9,4	13,1	16,1	10,6	13,3		
2013	25,0	26,6	44,3	38,6	9,6	7,3	4,1	5,5	3,6	5,9	3,6	5,9
2017	20,5	20,5	36,4	29,2	10,2	7,6	9,7	11,8	9,2	16,3	9,2	16,3
2021	26,9	24,5	24,8	23,3	16,0	13,5	10,2	12,8	4,8	5,0	7,8	13,0
							18,3				7,8	

Hervorgehoben sind die Fälle, in denen der Anteil an weiblichen Wahlstimmen über dem von männlichen Wahlstimmen liegen.

QUELLE: vgl. Feldkamp 2005, Schindler 1999, eigene Darstellung.

⁵ In der Kategorie „populistische Parteien“ wurden in den Datensätzen „Kartographie der Arbeiter:innenklasse“, „Mehr Umverteilung wagen“ und „Vertrauensfrage Klimaschutz“ nur die Daten für die AfD erhoben; nur die Zahlen des Datensatzes „Welche Träume bewegen Deutschland?“ beinhalten Daten zur AfD und zum BSW.

Für die Linke schlägt sich die gesellschaftlich progressive Ausrichtung überhaupt nicht im Wahlergebnis nieder: In keiner Bundestagswahl seit 1990 konnte die Partei mehr Stimmen von Frauen für sich gewinnen als von Männern.

Wenden wir uns nun den Parteien des Mitte-rechts-Spektrums zu. Die FDP wird, wie auch die Linke, in besonderem Maße von Männern gewählt, Frauen geben seltener ihre Stimme für die FDP ab. Anders sieht es aus bei CDU/CSU. In sieben von neun Wahlen überwiegt der Frauenanteil an den Stimmen für die Unionsparteien. Hieran haben allerdings Frauen über 60 Jahren einen besonders großen Anteil (vgl. Feldkamp 2005, Schindler 1999).

Die AfD ist von allen Parteien die mit dem geringsten Stimmanteil von Frauen. Dies wird besonders im Wahljahr 2017 deutlich, in dem Männer mit 7,1 Prozent Vorsprung vor den Wählerinnen für die Partei stimmten. Für das BSW liegen natürlich noch keine tatsächlichen Wahlergebnisse vor, die Partei tritt voraussichtlich 2025 das erste Mal bei einer Bundestagswahl an.

An dieser Stelle muss auf die Defizite der vorliegenden Analyse hingewiesen werden, die sich hier besonders bei der Betrachtung der Wahlergebnisse der Unionsparteien bemerkbar machen. Geschlecht ist nur eine Komponente im Mosaik der Wahlentscheidungen. Andere Faktoren, die die Entscheidung für oder gegen eine Partei beeinflussen, können hier nicht berücksichtigt werden. Dies sind zum einen soziodemografische Daten wie Einkommen, Bildung, Wohnort oder Alter, was wie hier vor allem beim hohen Anteil weiblicher Stimmen für CDU/CSU eine große Rolle spielen kann. Darüber hinaus haben wir hier nur ausgewählte Themen betrachtet – Klimapolitik, Finanzpolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Familie u. a. –, diese müssen aber natürlich nicht wahlentscheidend für die einzelnen Personen sein. Andere Themen können eine viel größere Rolle spielen, nicht zuletzt auch Parteibindung, Kandidierendeneffekte und wie eine Partei sich im Wahlkampf schlägt. Medial vermittelte Meinung ist ebenso ein Faktor wie besondere Ereignisse eines Wahljahres – man denke nur an die Oderflut im Jahr 2002, die Gerhard Schröders Wiederwahl nach öffentlicher Meinung maßgeblich beförderte. All diese Aspekte können hier nicht berücksichtigt werden. Die Analyse und anschließende Gegenüberstellung mit Wahlpräferenzen und Wahlergebnissen kann aber mit einem breiten Pinselstrich Tendenzen im Gesamtbild geschlechterspezifischer Unterschiede bei politischen Einstellungen zeichnen.

Gleichzeitig lässt sich aber feststellen, dass unsere Ergebnisse im Gesamtbild durchaus mit dem Stand der Forschung kongruent sind. Ein Gender-Gap im Wahlverhalten wurde auch von Ansgar Hudde (2023) konstatiert, allerdings erst in jüngster Zeit. Was auch in unseren Daten deutlich wird, hat Ansgar Hudde gezeigt: Bis in die 1970er Jahre wählten Frauen konservativer als Männer. Der auch hier auftretende Gender-Gap, bei dem Frauen vor allem mit Blick auf die Grünen progressiver wählen, trat im Vergleich zu anderen westlichen Ländern relativ spät auf. Besonders ausgeprägt ist er bei jungen Wähler_innen: Insbesondere Frauen im Alter von 18–24 Jahren tragen die Wahlergebnisse der Grünen und das vor allem wegen einer dezidiert auf Geschlechtergerechtigkeit ausgerichteten Politik (Hudde 2023).

Daraus lässt sich allerdings nicht direkt ableiten, dass es für Parteien ausreicht, auf feministische Themen zu setzen. Unterschiedliche Wähler_innenschaften haben unterschiedliche politische Prioritäten – was für eine Grüne-Wählerin gilt, gilt noch lange nicht für eine SPD-Wählerin oder eine FDP-Wählerin. Was aber sicher zu sagen ist: Über viele Themen hinweg unterscheiden sich die Meinungen von Frauen zu denen der Männer, hier können Parteien prüfen, wie sich ihre Inhalte zur Positionierung von Frauen verhalten und entsprechende politische Angebote an diese Zielgruppe machen.

5 FAZIT

Die Analyse der vorliegenden Daten zeichnet alles in allem das Bild, dass Frauen tendenziell progressiver und gemeinwohlorientierter eingestellt sind: Im Vergleich zu Männern nehmen sie die deutsche Gesellschaft stärker als ungerecht wahr (Effektstärke 0,1). Dies schlägt sich auch bei der kritischeren Haltung gegenüber der Lobbymacht großer Konzerne nieder (Effektstärke 0,05) sowie in der Forderung, dass von staatlicher Seite mehr für die Abmilderung großer Einkommensunterschiede getan werden muss (Effektstärke 0,08). Sie sehen auch mehr staatlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Pflege und Gesundheit (Effektstärke 0,12). Auch gesellschaftspolitische und gleichstellungspolitische Fragen sind ihnen wichtiger, so z. B. bezüglich der Rechte gleichgeschlechtlicher Paare (Effektstärke 0,14) und des Schutzes von Minderheiten (Effektstärken zwischen 0,07 und 0,1). Dass Frauen die Förderung der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ein größeres Anliegen ist, überrascht wenig (Effektstärke 0,17). Finanz- und wirtschaftspolitisch unterschätzen Frauen ihre eigenen Fähigkeiten kontinuierlich (Effektstärken zwischen 0,17 und 0,19). Beim Thema Erbschaften und Schenkungen tritt eine spannende Ambivalenz zu Tage: Einerseits betrachten Frauen die Regelung, dass hohe Erbschaften niedriger besteuert werden als kleine Erbschaften kritischer als Männer (Effektstärke 0,12), andererseits empfinden sie Erben weniger als reines Glück, das zugunsten der Allgemeinheit umverteilt werden sollte (Effektstärke 0,12). Diese alles in allem betrachteten eher progressiven Haltungen korrespondieren aber nicht systematisch mit den Wahlergebnissen für Parteien des Mitte-links-Spektrums, diese können hier bei Weitem nicht das inhaltliche Potenzial an Wählerinnenstimmen ausschöpfen. Dies gilt sowohl für die tatsächlichen Wahlergebnisse seit 1990 als auch für die berichteten Wahlpräferenzen. Diese Diskrepanz zwischen Einstellungen und Wahlverhalten gilt jedoch nicht für die Grünen, der hier beobachtete moderne Gender-Gap wird – so haben es andere Untersuchungen gezeigt – vor allem durch junge Frauen getragen.

Die systemischen Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen bestehen weiter und zeigen sich in den untersuchten Daten dezidiert in den Einstellungen und Haltungen von Frauen. Insbesondere die großen Lücken in der ökonomischen Gleichstellung, die bestehende Segregation auf dem Arbeitsmarkt und die fehlende politische und wirtschaftliche Anerkennung der unbezahlten Sorgearbeit sind hier als Ursachen zu nennen. Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Gender-Care-Gap: Die strukturellen Ungleichheiten und asymmetrischen Machtverhältnisse wirken sich nicht nur auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Frauen aus, sondern beeinflussen auch ihre politischen Prioritäten.

Bei allen Mängeln und Handlungsbedarfen ist dies auch eine positive Nachricht: Politische Akteur_innen aus dem progressiven Spektrum könnten hier profitieren und Konzepte kommunikativ in den Vordergrund stellen, die Lösungen aufzeigen. Wenn Frauen durchgehend tendenziell eher soziale Ungerechtigkeiten sehen und anprangern oder ein progressiveres Gesellschaftsbild verfolgen als Männer, ist es notwendig, diese Haltungen auch in die politischen Verteilungsdebatten einzubringen. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie unterstreichen die dringende Notwendigkeit, gezielte politische Maßnahmen zu entwickeln, die Geschlechtergerechtigkeit fördern und die spezifischen Bedürfnisse und Herausforderungen beider Geschlechter berücksichtigen. Besonders in den Bereichen finanzpolitische Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Klimapolitik liegt erhebliches Potenzial, bestehende Ungleichheiten zu reduzieren und die politische Partizipation von Frauen zu stärken.

Dabei sind viele konkrete Handlungsbedarfe auf Policyebene bereits bekannt. Um die Gender-Gaps zu verringern, bräuchte es unter anderem eine Reform des Ehegattensplittings, eine Reform der Minijobs und der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung, eine verbesserte Kinderbetreuungsinfrastruktur und eine Reform des Elterngeldes hin zu einer erhöhten Übernahme von Sorgeverantwortung durch Väter. Eine Klimapolitik, die Geschlechtergerechtigkeit vergrößert, und eine Sicherung von Parität in politischer Repräsentation und Klimaverhandlungen könnte der Haltung von Frauen entsprechen. Auch eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, könnte für Frauen attraktiv sein.

Ein zentraler Ansatzpunkt ist außerdem die Stärkung finanzpolitischer Wissensmacht speziell für Frauen. Frauen neigen dazu, soziale Ungerechtigkeiten stärker wahrzunehmen und progressive Positionen in gesellschaftspolitischen Fragen zu vertreten, doch ihre Stimme wird in politischen Verteilungsdebatten häufig nicht sichtbar. Die kann mit dem hier festgestellten Befund zusammenhängen, dass sich Frauen aus Sorge vor Unkenntnis nicht selbst genügend Verhör schaffen. Dieses Defizit sollte von politischen Akteur_innen als Chance begriffen werden.

Frauen müssen in politische Prozesse einbezogen und ihre Partizipation insbesondere in zukunftsweisenden Bereichen der Klimapolitik und in grünen Branchen gesteigert werden. Auch Frauen der modernen Arbeiter_innenklasse, insbesondere im Dienstleistungssektor und in Gesundheit, Pflege und Erziehung, sollten einbezogen werden, weil sie eine ausgeprägte Identifikation mit Klasseninteressen aufweisen. Dieses Potenzial sollte durch gezielte Mobilisierungsstrategien genutzt werden, um Frauen als treibende Kraft für soziale und wirtschaftliche Veränderungen zu gewinnen.

ANHANG

ANHANG I: ERLÄUTERUNGEN ZUR METHODIK

Alle verwendeten Datensätze enthalten ausschließlich repräsentative Stichproben der deutschsprachigen Bevölkerung bzw. der deutschen Wahlbevölkerung ab 18 Jahren. Die Erhebungen hatten unterschiedliche thematische Schwerpunkte: von Erwartungen der Bürger_innen an die EU bis hin zu Einstellungen in Fragen der Klimapolitik und finanzpolitischem Wissen. Für die vorliegende Analyse wurden einzelne Fragestellungen nach Relevanz für das Erkenntnisinteresse ausgewählt und nach Themen zusammengestellt. Unsere Analyse kombiniert die freie Suche nach relevanten Befunden einer explorativen Datenanalyse mit dem methodisch-typischen Vergleich standardisierter Effektstärken aus mehreren Studien, der für Metaanalysen charakteristisch ist. Dies führt zu einem Verfahren, das wir als explorative Metaanalyse bezeichnen.

Im Gegensatz zu einer klassischen Metaanalyse konzentriert sich die vorliegende Studie nicht auf ein einzelnes Phänomen. Stattdessen werden die oben genannten Datensätze explorativ auf Unterschiede hin untersucht, die sich in den Äußerungen zwischen männlichen und weiblichen Befragten finden. Das Vorgehen, die Berechnung und der Vergleich standardisierter Effektstärken wiederum ähnelt einer klassischen Metaanalyse. Die Verwendung standardisierter Effektgrößen zum Vergleich von Ergebnissen erlaubt statistisch aufschlussreiche Befunde über verschiedene Datensätze hinweg. Der hier herangezogene Effekt, gezogen aus dem Mann-Whitney-U-Test⁶, bezieht sich auf den Faktor Geschlecht bei Ausprägungen in Fragen der gesellschaftlichen und politischen Meinung: Je stärker der Effekt ist, desto größer ist der Unterschied in der Meinung zwischen Männern und Frauen. Die vom Mann-Whitney-U-Test abgeleitete Effektstärke ist standardisiert und erlaubt Vergleiche zwischen verschiedenen Datensätzen und verschiedenen Skalen. Die Ergebnisse sind jedoch nicht mit der Aussagekraft von bi- oder multivariaten Regressionsmodellen zu vergleichen, sie lassen keine Aussage über einen kausalen Zusammenhang zwischen Geschlecht und politischer Einstellung zu, sondern fungieren vielmehr als Indiz, dass ein geschlechtsspezifischer Unterschied vorliegen kann, der über eine rein deskriptive und zufällige Verteilung hinausweist. Im Rahmen der vorliegenden Studie können aber keine Aussagen zu intervenierenden Variab-

len, wie zum Beispiel Alter, Einkommen, Bildung und Ähnliches gemacht werden. Die Studie beleuchtet also quantitative Unterschiede nach Geschlecht in ausgewählten gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern, ohne kausale Zusammenhänge zu beanspruchen. Die Ergebnisse der Studie spiegeln den Stand der Forschung zu Geschlechterunterschieden in politischen Einstellungen wider (vgl. Hudde 2023).

ANHANG II: INFORMATIONEN ZU DEN VERWENDETEN DATENSÄTZEN

Identität, Parteilichkeit, Polarisierung: Wie es demokratisch gewählten Politiker:innen gelingen könnte, Deutschland zu autokratisieren

Erhebungszeitraum: 21. Oktober bis 17. November 2021

Erhebungsinstitut: Ipsos

Stichprobengröße: 2.500 Personen

Grundgesamtheit: Personen in Deutschland im Alter von 18 bis 75 Jahren

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit

Erhebungszeitraum: 7. Januar bis 19. Januar 2023

Erhebungsinstitut: pollytix strategic research GmbH

Stichprobengröße: 2.140 Personen

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland ab 18 Jahren

Mitte-Studie

Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23

Erhebungszeitraum: 2. Januar bis 28. Februar 2023

Erhebungsinstitut: UADS-Umfrageinstitut

Stichprobengröße: 2.027 Personen

Grundgesamtheit: Menge aller in Deutschland in Privathaushalten lebenden Personen ab 18 Jahren

Kartographie der Arbeiter:innenklasse

Erhebungszeitraum: 5. Juni bis 12. Juli 2023

Erhebungsinstitut: Kantar Public (heute Verian)

Stichprobengröße: 5.061 Personen

Grundgesamtheit: deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren

⁶ Der Test erlaubt die Untersuchung zweier Populationen und ist als nichtparametrische Alternative zum t-Test anzusehen. Der Mann-Whitney-U-Test ist für Umfragedaten besonders geeignet. Zur Einordnung werden die Effektstärken im Text angegeben, wenn hinreichende Unterschiede zwischen Männern und Frauen festgestellt werden können. Den Abbildungen kann jeweils entnommen werden, aus welchem Datensatz eine Variable stammt.

Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen

Erhebungszeitraum: 15. bis 25. September 2023

Erhebungsinstitut: pollytix strategic research GmbH

Stichprobengröße: 2.507 Personen

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland ab 18 Jahren

Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa: Auswertung einer vergleichenden Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien und Schweden

Erhebungszeitraum: 31. August bis 18. September 2023

Erhebungsinstitut: YouGov

Stichprobengröße: 13.386 Personen mit 3.103 Personen aus Deutschland

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland ab 18 Jahren

Welche Träume bewegen Deutschland?

Erhebungszeitraum: 13. August bis 3. September 2024

Erhebungsinstitut: pollytix strategic research GmbH

Stichprobengröße: 4.028 Personen

Grundgesamtheit: wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren

ANHANG III: WORTLAUT DER VERWENDETEN FRAGE- STELLUNGEN AUS DEN ERHEBUNGSINSTRU- MENTEN

Hinweis: Für die Analysen wurden Skalen teilweise zum Zwecke der Vergleichbarkeit transformiert; die Antwortkategorien „weiß nicht/keine Angabe“ und ähnliche werden im Folgenden im Sinne der Übersichtlichkeit nicht aufgeführt.

Im Folgenden sind die Frageformulierungen wortgleich den ursprünglichen Fragebögen entnommen. Dabei kommt es vor, dass aus einer längeren Frage-Batterie für die vorliegende Analyse nur die Zustimmung bzw. Ablehnung einer Aussage ausgewählt wurde (entsprechend bezieht sich der ursprüngliche Fragetext auf mehrere Aussagen/ Argumente/ Eigenschaften/ Vorschläge, hier folgt dann aber nur eine Aussage/Argumente/Eigenschaften/Vorschläge).

Abbildung 1: Vertrauen in Demokratie

Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.

Und wie sehr treffen Ihrer Ansicht nach die nächsten Aussagen zur Demokratie zu?

Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut.

- 1 – trifft überhaupt nicht zu
- 2 – trifft eher nicht zu
- 3 – teils/teils
- 4 – trifft eher zu
- 5 – trifft voll und ganz zu

Abbildung 2: Präferenz für staatliche Investitionen nach politischem Handlungsbereich

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Wenn Sie sich für eins entscheiden müssen: In welchen der folgenden Bereiche sollte der Staat zukünftig mehr Geld als bislang investieren?

- 1 – in die erneuerbaren Energien
- 2 – in die Digitalisierung
- 3 – in das Bildungssystem
- 4 – in Pflege und Gesundheit
- 5 – in öffentlichen Nah- und Fernverkehr
- 97 – in keinen dieser Bereiche

Abbildung 3: Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Bitte sagen Sie mir auf einer Skala von 0 bis 10, inwiefern Sie jeder dieser Aussagen zustimmen: Alles in allem geht es in Deutschland gerecht zu.

- 0 – stimme überhaupt nicht zu
- ...
- 10 – stimme voll und ganz zu

Abbildung 4: Einstellungen zum Schutz von Minderheiten

Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.

Und wie sehr treffen Ihrer Ansicht nach die nächsten Aussagen zur Demokratie zu?

Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen.

- 1 – trifft überhaupt nicht zu
- 2 – trifft eher nicht zu
- 3 – teils/teils
- 4 – trifft eher zu
- 5 – trifft voll und ganz zu

Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa: Auswertung einer vergleichenden Bevölkerungsumfrage in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Spanien und Schweden.

Manche meinen, statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich zu viel um Minderheiten gekümmert. Andere sagen, für eine offene Gesellschaft ist es wichtig, die Vielfalt sämtlicher Lebensweisen anzuerkennen und zu schützen. Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?

1 – Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich zu viel um Minderheiten gekümmert.

...

5 – Für eine offene Gesellschaft ist es wichtig, die Vielfalt sämtlicher Lebensweisen anzuerkennen und zu schützen.

Kartographie der Arbeiter:innenklasse.

Es folgen nun einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teilweise zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Statt auf das große Ganze zu schauen, wird sich in Deutschland zu viel um Minderheiten gekümmert.

- 1 – stimme voll und ganz zu
- 2 – stimme eher zu
- 3 – teils/teils
- 4 – stimme eher nicht zu
- 5 – stimme überhaupt nicht zu

Abbildung 5: **Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit**

Kartographie der Arbeiter:innenklasse.

Es folgen nun einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teilweise zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

- Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede mehr als bislang zu verringern.
- Große Konzerne haben bei weitem zu viel Macht in Deutschland.

- 1 – stimme voll und ganz zu
- 2 – stimme eher zu
- 3 – teils/teils
- 4 – stimme eher nicht zu
- 5 – stimme überhaupt nicht zu

Abbildung 6: **Persönliche finanzielle Lage**

Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen.

Ich lese Ihnen nun noch mal einige Aussagen anderer Menschen vor. Bitte geben Sie erneut auf der Skala von 0 bis 10 an, inwiefern Sie jeder Aussage jeweils zustimmen. 0 bedeutet, Sie stimmen überhaupt nicht zu, 10 bedeutet, Sie stimmen voll und ganz zu.

Ich stehe finanziell unter Druck.

- 10 – stimme voll und ganz zu
- ...
- 0 – stimme überhaupt nicht zu

Kartographie der Arbeiter:innenklasse.

Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf die finanzielle Situation Ihres Haushalts zu?

- 1 – Mein Haushalt kann am Monatsende in der Regel Geld zurücklegen.
- 2 – Mein Haushalt kann am Monatsende zwar kein Geld zurücklegen, aber das Geld reicht, um die laufenden Kosten zu decken.
- 3 – Mein Haushalt muss derzeit auf Ersparnisse zurückgreifen, um die laufenden Kosten zu decken.
- 4 – Mein Haushalt behilft sich in der aktuellen Krise mit Krediten wie z.B. Verbraucherkredit, Ratenkredite, Dispo-/Überziehungskredit.

Abbildung 7: **Subjektive Schichtzugehörigkeit**

Kartographie der Arbeiter:innenklasse.

In unserer Gesellschaft gibt es verschiedene Schichten. Manche verorten sich eher oben in der Gesellschaft, andere eher unten. Wo ordnen Sie sich selbst auf einer Skala von 1–7 ein, wobei 1 „unten“, 4 „Mitte“ und 7 „oben“ bedeutet.

- 1 – unten
- ...
- 7 – oben

Abbildung 8: **Förderung von Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern**

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Bitte geben Sie für die folgenden politischen Maßnahmen an, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen.

Die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern fördern

- 1 – stimme voll und ganz zu
- 2 – stimme eher zu
- 3 – stimme eher nicht zu
- 4 – stimme überhaupt nicht zu

Abbildung 9: Einstellungen zu einem progressiven Familienbild

Identität, Parteilichkeit, Polarisierung: Wie es demokratisch gewählten Politiker:innen gelingen könnte, Deutschland zu autokratisieren.

Wenn Sie an die politischen Themen denken, die Sie gerade bewertet haben, für wie wichtig halten Sie jedes einzelne Thema?

Die Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren.

- 0 – überhaupt nicht wichtig
- ...
- 10 – vollkommen wichtig

Kartographie der Arbeiter:innenklasse.

Es folgen nun einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie dieser Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teilweise zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Es ist gut, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern erlaubt sind.

- 1 – stimme voll und ganz zu
- 2 – stimme eher zu
- 3 – teils/teils
- 4 – stimme eher nicht zu
- 5 – stimme überhaupt nicht zu

Abbildung 10: Einstellung zu Migration

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Bitte geben Sie für die folgenden politischen Maßnahmen an, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen.

Die Einwanderung nach Deutschland stärker begrenzen.

- 1 – stimme voll und ganz zu
- 2 – stimme eher zu
- 3 – stimme eher nicht zu
- 4 – stimme überhaupt nicht zu

Abbildung 12: Einstellungen Klimapolitik

Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen.

Müssen die Folgenden Ihrer Ansicht nach zukünftig mehr für den Klimaschutz machen, weniger für den Klimaschutz machen oder genauso viel wie jetzt?

- die Wirtschaft und die Industrie
- die Politik
- Bürger_innen mit niedrigen Einkommen

- 1 – mehr als bisher
- 2 – weniger als bisher
- 3 – genauso viel wie bisher

Abbildung 13: Zustimmung/Ablehnung zum Narrativ: Klimaschutz als Wirtschaftsvorteil

Vertrauensfrage Klimaschutz: Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen.

Ich lese Ihnen nun einige Argumente für mehr Klimaschutz vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, auf einer Skala von 0 für überhaupt nicht überzeugend bis 10 für völlig überzeugend, wie überzeugend Sie diese finden.

Deutschland sollte gezielt in Klimaschutztechnologien investieren, um in diesem Bereich weltweit führend zu werden und wirtschaftlich stark zu bleiben.

- 10 – sehr überzeugend
- ...
- 0 – überhaupt nicht überzeugend

Abbildung 14: Einstellungen zu Erbschaften

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Eine Erbschaftsteuer wird im Falle einer Erbschaft einmalig fällig. Je nach familiärer Nähe gibt es dabei Freibeträge, auf die keine Steuern erhoben werden: Ehepartner_innen können aktuell eine halbe Million Euro steuerfrei erben, Kinder von jedem Elternteil 400.000 Euro steuerfrei. Bitte sagen Sie mir für jedes der folgenden Argumente, ob Sie es sehr überzeugend, eher überzeugend, eher nicht überzeugend oder überhaupt nicht überzeugend finden.

Erben ist Glück und keine Leistung, daher sollte durch eine Erbschaftsteuer auch die Allgemeinheit profitieren.

- 1 – sehr überzeugend
- 2 – eher überzeugend
- 3 – eher nicht überzeugend
- 4 – gar nicht überzeugend

Abbildung 15: Einstellungen zur Erbschaftsteuer

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Das deutsche Steuersystem hat verschiedene Eigenschaften. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie die folgenden Eigenschaften sehr gerecht, eher gerecht, eher ungerecht oder sehr ungerecht finden.

Sehr hohe Erbschaften werden in Deutschland niedriger besteuert als kleine Erbschaften, die über den Freibeträgen liegen.

- 1 – sehr gerecht
- 2 – eher gerecht
- 3 – eher ungerecht
- 4 – sehr ungerecht

Abbildung 16: Selbsteinschätzung finanzpolitisches Wissen

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Ich lese Ihnen nun weitere Aussagen anderer Menschen in Deutschland vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Aussagen auf Sie selbst voll und ganz zutreffen, eher zutreffen, eher nicht zutreffen oder überhaupt nicht zutreffen.

Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über Steuern und Finanzen aktiv zu beteiligen.

- 1 – trifft voll und ganz zu
- 2 – trifft eher zu
- 3 – trifft eher nicht zu
- 4 – trifft überhaupt nicht zu

Abbildung 17: Einstellungen zu finanzpolitischen Instrumenten

Mehr Umverteilung wagen: Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit.

Es gibt verschiedene Vorschläge, wie der Staat zukünftig notwendige Investitionen finanzieren könnte. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie von den folgenden Vorschlägen schon einmal gehört oder gelesen haben.

Eine angepasste Kapitalertragsteuer, die Gewinne aus Aktien und Vermögen genauso besteuert wie Einkommen aus Erwerbsarbeit.

Aufnahme zusätzlicher Staatsschulden

- 1 – ja, davon gehört oder gelesen
- 2 – nein, nicht davon gehört oder gelesen

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

- 5 **Abbildung 1**
Vertrauen in Demokratie
- 5 **Abbildung 2**
Präferenz für staatliche Investitionen nach politischem Handlungsbereich
- 6 **Abbildung 3**
Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit in Deutschland
- 7 **Abbildung 4**
Einstellungen zum Schutz von Minderheiten
- 8 **Abbildung 5**
Einstellungen zu sozialer Gerechtigkeit
- 9 **Abbildung 6**
Persönliche finanzielle Lage
- 10 **Abbildung 7**
Subjektive Schichtzugehörigkeit
- 11 **Abbildung 8**
Förderung von Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen
- 12 **Abbildung 9**
Einstellungen zu einem progressiven Familienbild
- 13 **Abbildung 10**
Einstellung zu Migration
- 15 **Abbildung 11**
Durchschnittliche Wichtigkeit von Arbeitsmerkmalen
- 17 **Abbildung 12**
Einstellungen Klimapolitik
- 17 **Abbildung 13**
Zustimmung/Ablehnung zum Narrativ: Klimaschutz als Wirtschaftsvorteil
- 19 **Abbildung 14**
Einstellung zu Erbschaften
- 19 **Abbildung 15**
Einstellungen zur Erbschaftsteuer
- 20 **Abbildung 16**
Selbsteinschätzung finanzpolitisches Wissen
- 20 **Abbildung 17**
Einstellungen zu finanzpolitischen Instrumenten
- 22 **Tabelle 1**
Wahlwahrscheinlichkeit >6 auf einer Skala von 0–10 nach Parteienfamilie in ausgewählten Datensätzen
- 22 **Tabelle 2**
Ergebnisse der Bundestagswahlen seit 1990

LITERATURVERZEICHNIS

- Berg, U.; Iblher, T. 2022:** Frauen gesundheitlich vom Klimawandel stärker betroffen als Männer, in: *Ärztin*, 69. Jahrgang, Ausgabe 1, April, S. 18–19.
- Best, V.; Decker, F.; Fischer, S.; Küppers, A. 2023:** Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> (10.12.2024).
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020:** Was der Gender Care Gap über Geld, Gerechtigkeit und die Gesellschaft aussagt: Einflussfaktoren auf den Gender Care Gap und Instrumente für seine Reduzierung, Berlin, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/154696/bb7b75a0b9090bb4d194c2faf63e-b6aa/gender-care-gap-forschungsbericht-data.pdf> (10.12.2024).
- BMUV – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz 2022:** Umweltbewusstsein in Deutschland 2020: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/umweltbewusstsein_2020_bf.pdf (10.12.2024).
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2023:** Gender Pay Gap und Gender Care Gap steigen bis zur Mitte des Lebens stark an, Berlin.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2024:** Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit bei Eltern: Wunsch und Wirklichkeit liegen teils weit auseinander, Berlin, https://www.diw.de/de/diw_01.c.908180.de/publikationen/wochenberichte/2024_29_1/aufteilung_von_erwerbs_und_sorgearbeit_bei_eltern__wunsch_und_wirklichkeit_liegen_teils_weit_auseinander.html (10.12.2024).
- Feldkamp, M. F. 2005:** Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994–2003, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste, Referat Geschichte, Zeitgeschichte und Politik (WD 1) (Hrsg.), Baden-Baden, https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch_archiv/datenhandbuch_archiv-196998 (17.12.2024).
- FES – Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) 2023:** Fünf Stimmen zu feministischer Ökonomie und Finanzpolitik, <https://www.fes.de/finanzpolitik/fuenf-starke-stimmen-zu-feministischer-oekonomie-und-finanzipolitik> (10.12.2024).
- Fratzcher, M. 2024:** Frauen brauchen endlich bessere Rahmenbedingungen, Blogbeitrag vom 19. Juli 2024, https://www.diw.de/de/diw_01.c.908705.de/nachrichten/frauen_brauchen_endlich_bessere_rahmenbedingungen.html (10.12.2024).
- Funder, D. C.; Ozer, D. J. 2019:** Evaluating Effect Size in Psychological Research: Sense and Nonsense, in: *Advances in Methods and Practices in Psychological Science* 2 (2), S. 156–168.
- Heffernan, R.; Heidegger, P.; Köhler, G.; Stock, A.; Wiese, K. 2024:** Ein feministischer European Green Deal: Für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Hohendanner, C.; Rocha, J.; Steinke, J. 2024:** Vor dem Kollaps!? Beschäftigung im sozialen Sektor: Empirische Vermessung und Handlungsansätze, Berlin/Boston.
- Hövermann, A.; Kohlrausch, B. 2022:** Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie: Befunde eines repräsentativen Bevölkerungspanels, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 73.
- Hudde, A. 2023:** Seven Decades of Gender Differences in German Voting Behavior, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 75 (2), S. 143–170.
- Huebener, M. et al. 2023:** Frühe Ungleichheiten: Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Kösemen, O.; Wieland, U. 2022: Willkommenskultur zwischen Stabilität und Aufbruch: Aktuelle Perspektiven der Bevölkerung auf Migration und Integration in Deutschland, Güterslooh, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/BST_Studie_Willkommenskultur_2022.pdf (10.12.2024).

Lott, Y. 2024: Alles beim Alten: Der Gender Care Gap in der Erwerbsbevölkerung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=10168 (10.12.2024).

Lott, Y.; Bünger, P. 2022: Mental Load, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008679/p_wsi_report_87_2023.pdf (10.12.2024).

Lübke, C. 2021: Wahrnehmung des Klimawandels als gesellschaftliches Problem, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/umwelt-energie-und-mobilitaet/330375/wahrnehmung-des-klimawandels-als-gesellschaftliches-problem/> (10.12.2024).

Meier, V.; Künzli, G. G. 2024: Ansatzpunkte zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

Mintel 2018: The Eco Gender Gap: 71 % of Women Try to Live More Ethically, Compared to 59 % of Men, <https://www.mintel.com/press-centre/the-eco-gender-gap-71-of-women-try-to-live-more-ethically-compared-to-59-of-men/> (10.12.2024).

Peters, E. 2024: Eine Frage des Geschlechts? Arbeitsbedingungen von Männern und Frauen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Pfahl, S.; Unrau, E.; Lott, Y.; Wittmann, M. 2023: Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland in ausgewählten Branchen, WSI, Düsseldorf.

Reilly, D.; Neumann, D. L.; Andrews, G. 2022: Gender Differences in Self-Estimated Intelligence: Exploring the Male Hubris, Female Humility Problem, in: *Frontiers in Psychology*, 13, 812483.

Schindler, P. 1999: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949–1999, Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste, Referat Geschichte, Zeitgeschichte und Politik (WD 1) (Hrsg.), Baden-Baden, https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch_archiv/datenhandbuch_archiv-196998 (17.12.2024).

Statistisches Bundesamt (Destatis) 2024a: Gender Pension Gap 2023: Alterseinkünfte von Frauen 27,1 % niedriger als die von Männern, Pressemitteilung Nr. N016 vom 24. April, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/04/PD24_N016_12_63.html (10.12.2024).

Statistisches Bundesamt (Destatis) 2024b: Gender Pay Gap, https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Verdienste-GenderPayGap_inhalt.html (10.12.2024).

Swim, J. K.; Gillis, A.; Hamaty, K. J. 2020: Gender Bending and Gender Conformity: The Social Consequences of Engaging in Feminine and Masculine Pro-Environmental Behaviors, in *Sex Roles* 82, S. 363–385.

Teebken, J.; Schipperges, M. 2024: Soziale Frage Klimawandel: Klimaanpassung als sozialpolitische Gestaltungsaufgabe, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Tisch, D.; Schechtl, M. 2023: The Gender (Tax) Gap in Parental Transfers: Evidence from Administrative Inheritance and Gift Tax Data, https://pure.mpg.de/rest/items/item_3508467/component/file_3508468/content (10.12.2024).

Westheuser, L.; Lux, T. 2024: Klassenbewusstsein und Wahlscheidung: Klasse als politischer Kompass?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

WSI 2021: Gender Pension Gap bei eigenen Alterssicherungsleistungen 1992–2019, https://www.wsi.de/data/wsi_gdp_2021-04-06_EK-PensionGap-01.pdf (10.12.2024).

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

Eine Frage des Geschlechts? Arbeitsbedingungen aus der Perspektive von Männern und Frauen

→ FES *diskurs* August 2024 [LINK](#)

Energiewende = Gerechtigkeitswende: Ein Blick über den Quotenrand hin zur feministischen Vision

→ FES *impuls* April 2024 [LINK](#)

Die gerechte Mobilitätswende ist feministisch

→ FES *impuls* Januar 2024 [LINK](#)

Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?

→ FES *diskurs* Mai 2023 [LINK](#)

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de/publikationen



Impressum

© 2024

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

www.fes.de/apb

apb-publikation@fes.de

ISBN: 978-3-98628-645-3

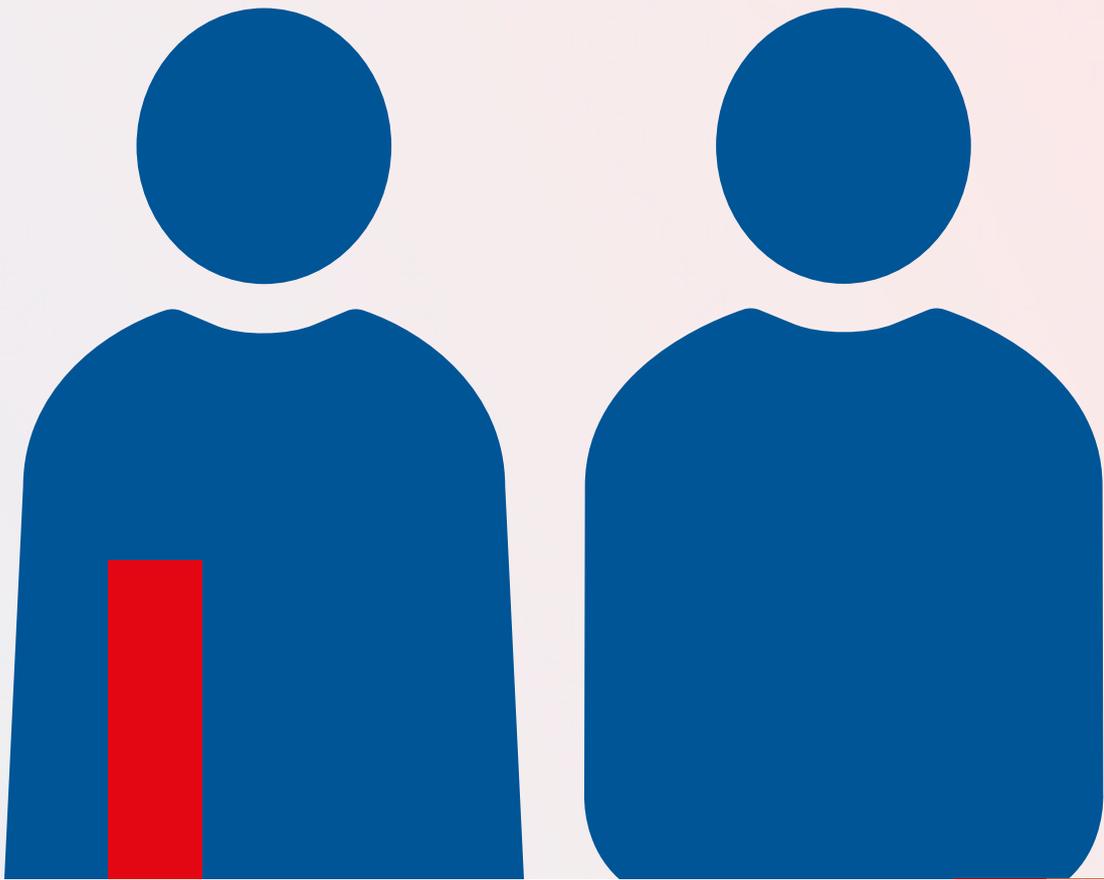
Titelillustration: www.stetzer.net

Gestaltungskonzept: www.leitwerk.com

Umsetzung/Satz: www.stetzer.net

Lektorat: Sönke Hallmann

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.



Gender-Pay-Gap, Gender-Pension-Gap, Gender-Care-Gap – mit Blick auf strukturelle Ungleichheiten könnten Frauen viele Gründe haben, sich in gesellschaftspolitischen Fragen anders zu positionieren als Männer. Die Studie geht der Frage nach, ob Frauen und Männer sich in ihren Einstellungen zu Fragen der sozialen Gerechtigkeit, Migration, Klimaschutz oder Finanzpolitik unterscheiden und ob damit eventuell bestehende Unterschiede in der Wahlpräferenz korrespondieren.

Hierfür untersuchen wir quantitative Daten, die im Rahmen verschiedener Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen 2021 und 2024 zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten erhoben wurden. Wir stellen dabei durchaus Unterschiede in den politischen Einstellungen von Männern und Frauen fest. Frauen scheinen progressivere Haltungen in gesellschaftlichen Fragen zu haben als Männer, dieses Potenzial kann jedoch von progressiven Parteien kaum in Wahlpräferenzen oder gar Wahlstimmen umgesetzt werden.

ISBN 978-3-98628-645-3

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG